

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

› Schwellenangst gibt es hier nicht

Bürgerverein Messemagistrale seit 15 Jahren ein Haus der offenen Tür **Seite 3**

› Zu wenig Courage?

Am Ende fehlten dem sächsischen Volksantrag für eine antifaschistische Klausel nur 10 000 Stimmen **Seite 4**

› Unstillbarer Öl-Durst der USA

Fakten und Hintergründe zur bevorstehenden Privatisierung des irakischen Eröls **Seite 8**

› Traumhaft schön ...

... die neuesten Kinderbücher von Gunter Preuß, erschienen im Leipziger Plöttner Verlag **Seite 9**

14

2007

1,30
Euro

15. Jahrgang
13. Juli

www.
leipzigs-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will



LN. Die **Bahn-Tarifgemeinschaft** aus der DGB-Gewerkschaft Transnet und der Beamtenbundorganisation GDBA einigte sich mit der Deutschen Bahn. Die 134 000 Bahnbeschäftigten bekommen ab Januar 2008 4,5 Prozent mehr in die Lohntüte und vorher eine Sonderzahlung von 600 Euro, die sich – das ist bei solchen Extras gewollt – bei künftigen Lohnforderungen nicht als Basisbetrag auswirken wird. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 19 Monaten. Transnetchef Hansen „glaubt“, dass der Abschluss dazu beitragen werde, das Vertrauen der Belegschaft in die Unternehmensführung weiter zu stärken. Hansen, das ist übrigens der Mann, der Mehndorns geplanten Börsengang unterstützt, obwohl es in seiner Gewerkschaft dazu keine klare Zustimmung gibt. Mit dem trotz alledem moderaten Tarifabschluss ist der

Weg frei für neue Expansionsschritte im Ausland in Milliardenhöhe – ein Szenario, wie viele Bahnbeschäftigte befürchten, wie bei der Deutschen Telekom. In den sogenannten gutinformierten Kreisen heißt es, die Bahn habe sich der Kooperation der Arbeitnehmervertreter durch unzulässige Zahlungen und Zuschläge für Betriebsratsmitglieder gesichert.

Die **Lokführergewerkschaft**, die sich nicht an den Verhandlungen am 9. Juli beteiligte, hat ihre 34 000 Mitglieder für den 10. Juli zwischen 8 und 11 Uhr erneut zum Warnstreik aufgerufen. Die Bahn erwirkte gegen diesen Streik bei Gericht ein Verbot. Da die Lokführer-Vertreter nicht zum Gerichtstermin erschienen, muss der Entscheid per Post zugestellt werden.

Der Warnstreik (nach Redaktionsschluss) fand statt.

Alle in einem Boot?

Dr. Timo Kracht brachte die Unbotmäßigkeit der streikenden Lokführer auf den Punkt, auf den deutschen!

Sie werden Kracht kaum kennen. Ist auch nicht notwendig. Der Mann gehört zu der im beschaulichen Gummersbach beheimateten Personal- und Unternehmensberatung Kienbaum. Die sollten Sie kennen. Und es sollten alle Alarmglocken läuten bei diesem Namen. Denn das ist die Truppe, die in Deutschland marktführend ist, Unternehmen gegen Höchstprovisionen erbarmungslos auf Rendite zu prüfen, koste es Arbeitsplätze was es wolle.

Dr. Timo Kracht von Kienbaum, hochdotierter Vasall des Kapitals, stand am 3. Juli Klaus Kleber im ZDF-heute-journal Rede und Antwort zum Warnstreik der Lokführer. Krachts Frechheiten, es gäbe „intelligenter“ Forderungen als die nach 31 Prozent Lohn-erhöhung der Lokführer, sein Gefasel über die in Deutschland traditionell verkehrt geführte Diskussion über Gerechtigkeit, die immer gleich in Gleichheitsduselei ausarte – das alles können Sie vergessen. Es war sowieso nur peinliches Gestammel. Aber dann, nach Klebers Nachfragen, ob 1500 Euro Netto wirklich ein angemessenes Gehalt für so eine verantwortungsvolle Aufgabe wie die eines Lokführers sei, quoll blanke Empörung aus Dr. Krachts massigem Birnenkopf. Zornig schleuderte der Mann – die Verantwortung der Bahnbeschäftigten mystifizierend – dem Publikum das Wort von der Schicksalsgemeinschaft entgegen – einem Publikum, das sich, so darf man doch hoffen, mehrheitlich von der „Blut- und Schicksalsgemeinschaft“ verabschiedet hat. Auch wenn einschlägige Nazikreise gerne wieder darauf zurückgreifen – und der Herr Dr. Kracht vom Unternehmen Kienbaum. Im deutschen Fernsehen. Unwidersprochen. Aber vielleicht blieb Klaus Kleber einfach bloß die Sprache weg. Wer rechnet, abends nach 22 Uhr, schon mit solch einer gezielten Provokation?

Eine Schicksalsgemeinschaft also. Für Bahnchef Mehndorns „Lebenswerk“, den Börsengang. Vielleicht auch noch eine „Deutsche Arbeitsfront“, die die deutschen Eisenbahner stärker in die Volksgemeinschaft einbindet. Als Garantie dafür, dass keine weiteren unintelligenten gewerkschaftlichen Lohnforderungen die Privatisierungspläne stören. Nennt man Nicht-Anpassungswillige – das wäre schließlich die logische (Sprach)folge – dann wieder „Volksschädlinge“? In „Erziehungslager“ muss man sie aber nicht deportieren. Arbeitslosigkeit und Hartz IV tun es als Drohung, sich artig zu bescheiden, auch. Skrupel kennt die Bahn nicht, das wissen ihre Beschäftigten. In den letzten zehn Jahren wurden trotz steigender Arbeitsbelastung schon über 100 000 Stellen gestrichen. Ein „Schicksal“ allerdings, das die Betroffenen aus jeder Gemeinschaft herausdrängt.

• MAXI WARTELSTEINER



Pfarrer Christian Führer und der einstige Gewandhauskapellmeister Kurt Masur haben jüngst der Öffentlichkeit einen „Ruf aus Leipzig“ vorgestellt, den noch weitere fünf tapfere Kämpfer gegen die „kommunistische deutsche Diktatur“ unterzeichnet haben: Oberbürgermeister Jung, Regierungspräsident Steinbach, Zoodirektor Junhold, Thomas Kantor Biller und Medizinprofessor Mohr. Die Herren haben Angst – nein, nicht dass hierzulande die „totalitäre Diktatur unter dem Diktat der sowjetischen Hegemonialmacht“ wieder aufersteht. Angst haben sie, dass in zwei Jahren ihr heldenhafter Beitrag zum Sturz der „zweiten deutschen Diktatur“ nicht genügend gewürdigt werden könnte. Angesichts des Umstandes, dass „im Jahr 2009 ... an die Gründung der Bundesrepublik vor 60 Jahren erinnert werden (wird)“, wie es im ersten Satz des Pamphlets heißt, dürfte diese Besorgnis wohl nicht unbegründet sein. Und so barmen sie, dass ja die sogenannte Friedliche Revolution zu den „großen Daten der deutschen Nationalgeschichte“ zugeord-

net wird. Doch so allgemein wollen die sieben Herren die Konterrevolution nun auch wieder nicht in die „deutsche Nationalgeschichte“ aufgenommen wissen. Es geht ihnen vielmehr konkret um den 9. Oktober 1989 „als 70 000 Demonstranten mit dem Ruf ‚Wir sind das Volk!‘ das SED-Regime stürzten“. Nun zogen ja tatsächlich an jenem Mon-

chen Pommert und Roland Wötzel – und der damalige Gewandhauskapellmeister Kurt Masur. Vergessen, Herr Masur? Doch damit nicht genug der Geschichtverfälschung. Sie beginnt schon im ersten Satz dieses jammervollen „Rufs aus Leipzig“. Mit der Gründung der Bundesrepublik vor 60 Jahren, so behaupten die sieben Herren, seien „im

das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ Kommunistische Propaganda? Weit gefehlt – so steht es im Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU von 1947. Doch davon blieb nichts in der Praxis der BRD nach ihrer Gründung. Im Gegenteil, mit der Bildung der Adenauer-Regierung begann die Restauration des deutschen Kapitalismus mit all den sich daraus ergebenden negativen Konsequenzen – von der Wiederverwendung der Altnazis im Staats- und Justizapparat, der Remilitarisierung und der extensiven Verfolgung der sich dagegen zu Wehr setzenden Demokraten, der Massenarbeitslosigkeit bis zur Beteiligung an der völkerrechtswidrigen Aggression gegen Jugoslawien. Blicke da noch die „stabile Demokratie“ der Bundesrepublik. Ja, eine Demokratie wurde geschaffen, eine bürgerliche Demokratie, die dafür Sorge trug und trägt, dass die restaurierte Herrschaft des Kapitals bis heute unangefochten blieb. Lassen wir es genug sein. Der Text dieses Aufrufs ist ein solches Armutszeugnis historischer und politischer Verdrehungen, dass man gar nicht glauben will, dass er aus der Feder eines der sieben Unterzeichner stammt. Sei es, wie es sei. Mit ihrer Unterschrift haben sie sich zu diesem Jammerruf bekannt. Armes Leipzig.

Zum 9. Oktober 2009: Jammerruf aus Leipzig

tag 70 000 um den Ring und skandierten die unterschiedlichsten Forderungen an die DDR-Regierung. Jedoch das „Regime“ zu stürzen, davon war weder am 9. Oktober, noch in den Demonstrationen an den folgenden Montagen die Rede. Wie hieß es doch in dem Aufruf der Sechs, der an jenem 9. Oktober über den Stadtfunk ging: „**Wir alle brauchen einen freien Meinungsaustausch über die Weiterführung des Sozialismus. Deshalb versprechen die Genannten heute allen Bürgern, ihre ganze Kraft und Autorität dafür einzusetzen, dass dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird.**“ Die Genannten, das waren neben dem Theologen Peter Zimmermann, der Kabarettist Bernd-Lutz Lange sowie drei SED-Bezirkssekretäre: Kurt Meyer, Jo-

westlichen Teil Deutschlands die Lehren aus der Vergangenheit gezogen und eine bis heute stabile Demokratie ... geschaffen“ worden. Wie bitte? Mit der Gründung der Bundesrepublik seien die Lehren aus der Vergangenheit gezogen worden? Die wesentlichste Lehre aus der Vergangenheit war, dass „**das kapitalistische Wirtschaftssystem ... den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden (ist). Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.**“ Und: „**Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur**

westlichen Teil Deutschlands die Lehren aus der Vergangenheit gezogen und eine bis heute stabile Demokratie ... geschaffen“ worden. Wie bitte? Mit der Gründung der Bundesrepublik seien die Lehren aus der Vergangenheit gezogen worden? Die wesentlichste Lehre aus der Vergangenheit war, dass „**das kapitalistische Wirtschaftssystem ... den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden (ist). Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.**“ Und: „**Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur**

Entmachtetes Parlament und gezielte Erschießungen

Schäuble, ein Rambo im Rollstuhl, überraschte sein Volk via „Spiegel“ dieser Tage mit der Überlegung, es müsse möglich sein, potentielle Terroristen, also nicht einmal unbedingt tatsächliche, einfach gezielt zu erschießen. Da passt folgendes ganz gut dazu: Rudolf Adam, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) empfiehlt die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates. Denn: „Wir werden die Verfassung ohnehin in wesentlichen Teilen, soweit sie Streitkräfte und sicherheitspolitische Vorsorge betreffen, überarbeiten müssen.“ Nach seiner Meinung „sollten die Grundfragen der nationalen Existenz, die Frage über Krieg und Frieden, die Bestimmung, was in letzter Konsequenz im deutschen Interesse liegt und welche Opfer dafür geboten sind“, nicht mehr vom Parlament, sondern vom Bundeskanzler entschieden werden.

Damit würde im Kanzleramt ein eigenes Machtzentrum gebildet, mit dem vor allem die deutschen Expansionsbestrebungen sowohl wirtschaftlich als auch militärisch abgesichert werden sollen. In dem zum Abschluss des diesjährigen „Seminars für Sicherheitspolitik“ erarbeiteten „Rahmenkonzept“ wurden, bezogen auf den „Anti-Terror-Kampf“, außer oben von Adam genannten Konsequenzen weitreichende Forderungen entwickelt. Den Schwerpunkt bildet dabei der Vorschlag, die Autonomie der einzelnen Ministerialressorts einzuschränken und ein Gremium zu schaffen, in dem „ressortübergreifend in strategischer Perspektive konzeptionelle Grundlagen und Strategien sowie politische Leitlinien entwickelt werden“. (Vollständiger Wortlaut des „Rahmenkonzepts“: www.baks.bundeswehr.de/portal/a/baks/) Die BAKS, von deren Existenz und Aufgaben in der Bevölkerung kaum etwas bekannt ist, wird als die „zentrale ressortübergreifende Weiterbildungsstätte des Bundes auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik“ bezeichnet; sie arbeitet im direkten Auftrag der Bundesregierung. An den jährlichen Seminaren nehmen etwa 30 ausgewählte Personen aus der ministeriellen Führungsebene des Bundes und der Länder, aus Wirtschaft und Wissenschaft, ausländischen Ministerien sowie weiteren relevanten Institutionen teil.

• HELMUT ULRICH

Kontakte gesucht und besiegelt

DSF-Veteranen zu Gast im Russischen Generalkonsulat

Anlässlich des russischen Nationalfeiertags, der dem 17. Jahrestag der staatlichen Selbständigkeit Russlands gilt, sowie des 60. Jahrestages der Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft überbrachte eine Gruppe vormaliger DSF-Aktivistinnen Generalkonsul Gennadi Pawlowitsch Golub in Leipzig Glückwünsche.

In seiner zweijährigen Amtszeit, so der Generalkonsul, hätte er sich solche Begegnungen mit Leipziguern schon früher gewünscht. Immerhin gibt es in den neuen Bundesländern bereits mehrere Nachfolgeorganisationen der DSF, so dass die Frage steht, ob nicht auch in der



Erinnerungsfoto der DSF-Aktivistinnen mit Generalkonsul Gennadi P. Golub (2.v.l.) und Vizekonsulin Anna. W. Judinzewa (m.)

Leipziger Region eine Freundschaftsgesellschaft mit den Völkern Russlands ins Leben gerufen werden könnte.

• TEXT U. FOTO: BRUNO SCHWEITZER

Im Juni fand in Leipzig die jährliche Konjunkturkonferenz der Handwerkskammern Halle und Leipzig und der IHK-Halle-Dessau und Leipzig mit den üblichen Reden der Prominenz statt. An der vorangegangenen Mitgliederbefragung beteiligten sich diesmal 1730 Unternehmen. Sie ergab, dass sich die Stimmung nach Jahren der stetigen Verschlechterung derzeit auf einem Höchststand befindet. Auch wenn dies nicht auf alle Unternehmen zutrifft. Das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen und Sachsen-Anhalt wuchs 2006 um 3,6 Prozent – also höher als in Gesamt-

Steuerreform bremst kleinere Unternehmen aus

deutschland. 36 Prozent der Betriebe bezeichnen ihre Lage als „gut“, nur 15 Prozent als „schlecht“. Der Blick in die Zukunft ist nicht so optimistisch, denn da sehen neun Prozent weniger ihre Lage als „gut“. Jedes fünfte Unternehmen will Personal einstellen, acht Prozent planen einen Abbau. Das ist trotz allem eine bescheidene Belebung. Die Investitionsbereitschaft stieg um 10 Prozent. Das Baugewerbe folgt dem positiven Trend nicht. Ein großes Minus für den Mittelstand bedeutet

nach einhelliger Auffassung die für 2008 geplante und inzwischen durch den Bundestag gezerrte Unternehmenssteuerreform. Professionelle Steuer- und Wirtschaftsberater der Kammer befürchten, dass die „Entlastungen“ an den nach wie vor finanzschwachen Unternehmen im Osten nicht nur vorbeigehen würden, sondern im Gegenteil, es wird mit zusätzlichen Belastungen gerechnet. Entlassungen und Firmenpleiten wurden prognostiziert.

Nazis ermutigt

LN. Der Wurzener Skandal um das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V., in dem die Betroffenen politische Willkür sehen, weitet sich. Zum einen trocken das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ das Netzwerk finanziell aus, zum anderen weigert sich der Sozialausschuss des Kreistages, dem NDK einen dringend benötigten Zuschuss von 15 000 Euro zu genehmigen. Wenn das keine indirekte Ermutigung der Neonazis ist. Die haben in der Nacht vom 6. zum 7. Juli wohl zugeschlagen. Gegen 0.30 Uhr stürmten drei mutmaßlich der Männer das Vereinshaus am Wurzener Domplatz. Sie stahlen u. a. einen Aktenordner, der die Unterschriften von rund 1300 Wurzener Bürgerinnen und Bürgern enthielt, die sich nach dem Bombenanschlag auf das NDK im November 2004 mit dem Verein solidarisch erklärt hatten. Die Polizei sieht nicht unbedingt einen rechtsextremen Hintergrund.

Parteiwechsel

LN. Der Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Leo Stefan Schmitt verlässt seine Partei und tritt zu den Linken über. Der Grund: „Zorn und Enttäuschung“ über den SPD-Kurs, auch über ihr Lavieren um einen Untersuchungsausschuss zum Korruptionsskandal. Rico Gebhardt, Landesgeschäftsführer der Linken, dazu: „Wir freuen uns über jedes neue Mitglied vor allem mit solchen politischen Erfahrungen. Wir haben keine Abwerbung vorgenommen.“



Schwellenangst gibt es hier nicht

Über sehr reale „Sternengucker“ in der Straße des 18. Oktober 10a in Leipzig



Der Charme des Gebäudes entfaltet sich erst, nachdem die zahlreichen und neugierigen Besucher die Glaseingangstür hinter sich gelassen haben.

Foto: Helmut Ulrich



Die Lieblingsplastik des Vereinsvorsitzenden Dieter Bertram wurde zum „Wahrzeichen“ des Bürgervereins.



Lange Leitungen der alten Wärmeumformstation. Längst abgebaut und durch menschliche Wärme ersetzt.

Foto: D.Bertram

Wenn man die Augen zukneift und nicht nach links und rechts schaut, dann sieht man auf den ersten Blick ein schmuckes kleines Dorfklubhaus umgeben von vielen Bäumen. Eine Sinnestäuschung. Wenn man danach mit dem zweiten Blick die Augen in „Weitwinkel-Perspektive“ etwas öffnet, dann wird das scheinbare Klubhaus zur „Kleinen Hütte“ inmitten großer Wohnkomplexe. Soweit die erste flüchtige Sicht auf das Stadtteilzentrum Messemagistrale und den darin agierenden Bürgerverein, der vor nicht allzu langer Zeit sein 15-jähriges Jubiläum feierte.

Lange Leitungen gibt's hier nicht mehr

Was aus einer ehemaligen Wärmeumformstation werden kann, bemerkt man sofort nach dem Schließen der gläsernen Eingangstür. Helle freundliche Mehrzweckräume von zum Teil beträchtlicher Größe. Auch die Fläche, für die sich der Verein zuständig fühlt ist, beträchtlich: Es ist das Wohngebiet Zentrum-Südost, -Süd und Bayrischer Platz.

Höchste Zeit, über die Menschen zu reden, die in diesem Bürgerzentrum ein- und ausgehen.

Sie begegnen einem beispielsweise schon vormittags nach getaner Anstrengung: „Gymnastik für Senioren“ heißt in diesem Fall der Jungbrunnen, und er bewirkt nach meinem Blick in allen faltigen Gesichtern ein jugendliches Lächeln nach getaner Anstrengung im Fitnessraum.

„Ihr seid der Bürgerverein, wir sind auch Bürger, tut was für uns!“ Mit dieser zunächst etwas bequemem aber

auch fordernden Art, brachten sich in den Anfangsjahren die Jugendlichen der Gegend beim Vereinsvorsitzenden Dr. Dieter Bertram ins Gespräch. Der einstige Wissenschaftler weiß natürlich, wie man mit Problemen umgeht: Ignorieren hilft da kaum weiter. Und so hat er eine wunderbare Begabung, auf Leute, gleich welchen Alters, zuzugehen und sie gewinnend einzubinden. Inzwischen bietet der offene Kinder- und Jugendfreizeittreff vielfältigste Veranstaltungen.

Alle nennen ihn nur Oleg

Der Sportpädagoge kommt aus der Ecke Europas, die sein Name vermuten lässt und er kann gleichzeitig „mit der rechten Hand Tischtennis, mit der linken Volleyball und mit den Zehen Fußball spielen.“ Ein Hauptgewinn für die zahlreichen Kinder und Jugendlichen der Gegend, die im Stadtteilzentrum auch durch ihn ihr neues Heimatland Deutschland kennenlernen. Kein einfaches Kennenlernen. Oleg weiß auch da, worüber er spricht, oftmals noch immer in der Muttersprache der jungen Leute. Für sie ist auch durch ihn dieser Treff ohne Schwellenangst ein Stück Zuhause, wo über häusliche und Schulprobleme, über Bewerbungen, Zivildienst und Lehrstellensuche gesprochen werden kann.

Ein Bürgerverein ist kein Spaßverein

Bei aller Vielfalt der Programmangebote ist so ein Bürgerverein natürlich keine Konzert- und Gastspielform, die man nur nach Bedarf bucht und dann wieder verlässt. Obwohl, wer hier schon alles an prominenten

Schauspielern, Schriftstellern, Wissenschaftlern und Sportlern zu Gast war. Respekt!

Kenner der Materie wissen, die magische Zahl 15 ist bei solchen Bürgervereinigungen eine schwierige. Die Gründergeneration wird älter und mit dem Nachwuchs hapert es mitunter. Dieter Bertram gelingt es noch immer, Leute und Institutionen für dieses Haus und seine Nutzer zu begeistern: Uta Knospe, Karla Köthe und Beate Greim stärken ihm da – wie andere auch – die schon lange nicht mehr ganz so jungen Schultern.

Der Terminkalender für die Julitage 2007 weist jetzt eine recht interessante Begegnung aus. In der Straße des 18. Oktober 10a werden junge Leute aus Israel erwartet. Für einige Tage sind sie zu Gast in in der Stadt im Allgemeinen und im Bürgerverein „Messemagistrale“ im Besonderen. Dort macht man sich nicht nur Gedanken um Stadtansichten, sondern auch um die richtige „koschere“ Küche.

Rat und Hilfe

Wer in die Jahre kommt hat Probleme, das Leben zu meistern. Für Dieter Bertram und den Verein ist es oberstes Gebot, den älteren Bewohnern ihr lange bekanntes Lebensumfeld zu erhalten. Eine dementsprechende Unterstützung wurde mit dem „Projekt Wohnen“ begründet. Dahinter verbergen sich Mitarbeiter der Wohnungsgesellschaften, der SOS-Seniorenhilfe, des Pflegedienstes Löwenherz und der Volkssolidarität. Und wo holt sich der Verein Hilfe? „Mein Telefonverzeichnis ist ein sehr umfangreiches“, lächelt Dieter Bertram und schon klingelt es wieder ...

• MICHAEL ZOCK

Der Mann am Klavier ...



...ist der bekannte Leipziger Komponist Siegfried Tiefensee. Der schon im 9. Lebensjahrzehnt stehende Mann sorgt noch immer im Stadtteilzentrum mit Melodien und Fingerspielen für den richtigen Rhythmus bei den Damen zwischen 50 und 70. Wenn da die Temperamente auch unterschiedlich gelagert sind, trifft er stets die richtigen Töne, damit die Sportlerinnen mit und ohne Ball in Schwung kommen. Und wenn es plötzlich still wird, dann ist Siegfried Tiefensee kurz eingeknickt, um dann munter weiter zu spielen.

Die Frau von der Bühne ...



... ist die Schauspielerin Christa Gottschalk, die neben vielen anderen bekannten Künstlern gern in den Bürgertreff kommt.

Die Männer am Boden ...



... sind auf ganz andere Töne aus und stellen mit ihren Figuren den Bürgerverein schon mal auf den Kopf. Hier ist Break-Dance angesagt. Seniorentanz sieht anders aus.



Ob sie noch an den Weihnachtsmann glauben? Beim SZM Advent 2005.

Fotos: Archiv Bürgerverein.

Nicht im „gläsernen Turm“

Die Dresdner Landtagsfraktion der Linken lud ins Turmzimmer des Neuen Leipziger Rathauses ... und hörte zu. Es ging im Hartz IV

Drei Stunden waren für jenen Nachmittagstermin eingeplant und die waren auch dringend nötig. Denn die Auswirkungen der Hartz IV-Gesetze in Sachsen waren als Thema gesetzt.

Im Vorfeld hatte die Linksfraktion im Landtag eine Große Anfrage an die sächsische Staatsregierung zum Thema gestellt. Inzwischen liegen die (teilweise unbefriedigenden) Antworten auf die 126 Fragen vor. Greifen wir einige Beispiele zur Veranschaulichung heraus.

Frage: Wie hoch war am 1. 1. 2005, am 30. 6. 2005, am 31. 12. 2005, am 30. 6. 2006 und am 31. 12. 2006 die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die auf Grund der Einkommens- oder Vermögensverhältnisse ihrer Bedarfsgemeinschaft keine finanziellen Leistungen erhielten?

Die gewünschten Daten werden nach Angabe der Regionaldirektion Sachsen der BA nicht erhoben.

Frage: Wie viele Leistungsbezieher von ALG II mussten vor der Inanspruchnahme von Leistungen ihre Ersparnisse verwerten?

Diese Daten werden in Sachsen nicht erfasst.

Frage: Wie hoch sollten nach Auffassung der Staatsregierung die Regelleistung sein?

Entfällt (da nicht zuständig)

Frage: Welche Erkenntnis hat die Staatsregierung über die Häufigkeit des Zugriffs auf Vermögen (Grundbesitz, Spar- und Kapitalanlagen, incl. Kindersparbücher)?

Dazu liegen keine statistischen Daten vor.

Frage: Wie oft wurden Sanktionen gegenüber Leistungsbeziehenden verhängt?

Dazu liegen noch keine validen Zahlen vor.

Frage: Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung über den Gesundheitszustand von Langzeitarbeitslosen und insbesondere darüber vor, dass wegen der Praxisgebühr sowie weiterer Zuzahlungen auf ärztliche Behandlung verzichtet wird?

Der Staatsregierung liegen keine eigenen Erkenntnisse über den Gesundheitszustand von Langzeitarbeitslosen vor. (Es wird auf die Gesundheitsberichterstattung des Bundes verwiesen)

Belassen wir es dabei, obwohl deutlich wird: Das Nichtwissen über wichtige, existenziellen Belange der Bürger ist eklatant. Es muss wahrlich nicht jeder Atemzug der Menschen statistisch erfasst werden. Aber hier stellt sich doch die Frage: Wie will eine Regierung sozialpolitisch entscheiden und lenken, wenn sie über o. a. Dinge offenbar überhaupt nichts weiß oder nichts wissen will?

Die LINKE im Sächsischen Landtag bat auch wegen der „Nichtkenntnis“ der Regierenden diejenigen ins Turmzimmer, die täglich mit den in den Fragen aufgeworfenen Hartz IV-Themen zu tun haben. Dazu gehören Vertreter der Gewerkschaften, von Arbeitsloseninitiativen, der Caritas und Rechtsanwälte. Fassungslos wurde die Äußerung der Staatsregierung quittiert, dass es „in Sachsen keine Armut gäbe.“ Caren Lay, Dietmar Pellmann und Klaus Tischendorf sind gerade auf diesem Gebiet engagierte Nachfrager und Streiter in Dresdner Landtag. Andere Parteien und Vereine halten sich da bekanntlich vornehm zurück. Das zeigte sich auch während des angeregten Disputes im Leipziger Turmzimmer des Rathauses. Wenn Die LINKE diese Themen nicht setzt, dann finden sie im politischen Spektrum kaum statt.

Wie fertig werden mit den zunehmenden scheinweisen Lebensabschnitten? Wie rechnet sich ein Mensch? Steigen die psychischen Krankheiten und warum? Nehmen Kinder- und Altersarmut zu? Gibt es eine schleichende geistige Verelendung? Leben wir künftig noch in Bedarfsgemeinschaften und nicht mehr in Familien?

Die anregende Leipziger Diskussion bewies, dass Hartz IV inzwischen gewaltige Lebensrisse in dieser Gesellschaft bewirkt. Alle, die sich zu Wort meldeten, bestätigten die dringende Notwendigkeit dieser großen Anfrage im Landtag und die gleichzeitige Fragwürdigkeit der oftmals nicht gegebenen Antworten seitens der Regierung. Man darf sich an Hartz IV nicht gewöhnen. • MIZO



Bei Rot bleibe stehn...

... bei Grün kannst du gehn. Nicht mehr jeder kennt dieses Kinderlied unserer Altvorderen. Heute gilt eher: Schnell nach rüberhuschen in der ersten Sekunde Kreuzungs-Rot. Der alte Hugo Leichtsinns ist längst zu neuem Leben erwacht. Aber ich will nicht schon wieder über die „Vierrädriegen“ moseern. Vielmehr machte mich dieser Tage ein Zweirad und seine FahrerIn sehr unsicher. Das Gefährt war ein Rollstuhl, der noch mit Armeskraft vorwärts zu bewegen war. Die schwerbehinderte Frau, Mitte 40, tat das auch mit Bravour, aber sie fuhr mitten auf der Straße und dachte gar nicht daran, sie zu verlassen. Entweder tat sie es aus Gedankenlosigkeit oder sie meinte selbstbewusst:

Schaut her, ich bin's!

Kreuzgefährlich, obwohl es ein verkehrsarmer Sonntag war. Andererseits vermutete ich in der nächsten unübersichtlichen Straßenkurve eventuell einen Sonntagsfahrer, der auf so ein Gefährt mitten auf der Straße überhaupt nichts eingestellt war. Ich wollte die Frau ansprechen ... und tat es nicht.

Es passierte – soweit ich die Tour verfolgen konnte – nichts. Aber meine Gedanken fuhren danach Schlitten. Wäre die Frau beleidigt gewesen, weil ich mir ob ihres lebensgefährlichen Tun's Sorgen um sie mache? Wann mischt man sich in Alltagssituationen ein oder tritt doch lieber auf die Bremse? Wann geht einen der andere neben einem etwas an?

Wissen Sie es immer so genau?

Das fragt

Euer
Lipsius



„Rote Laterne“ bleibt in Leipzig

Die Arbeitslosenzahl der Agentur Leipzig sank zum Mai um 1700 und zum Vorjahr um über 6000 auf 63 477.

Mit über 16,9 Prozent behält

Leipzig-Stadt weiterhin den schlechtesten Wert.

Dieturnusmäßige Pressekonferenz fand erstmals im gewerbegebiet Wachau in der Konditorei und Bäckerei Wendl statt. Ein Leipziger Traditionsunternehmen mit rund 200 Mitarbeitern. Der Firmenchef dankte für die gute Zusammenarbeit bei der Vermittlung neuer Arbeitsplätze.

Erstmals seit 1990 wurden im vergangenen Jahr mehr sozialversicherungsspflichtige Jobs geschaffen als liquidiert: gut 45 000.

Deshalb sei daran erinnert, dass allein in den letzten zehn Jahren 230 000 solcher Arbeitsverhältnisse wegbrachen.

Derzeit gibt es besonders im verarbeitenden Gewerbe und im Baubereich deutlichen Zuwachs. Die meisten der gemeldeten freien Stellen kamen wie in den Vormonten aus der höchst umstrittenen und in verrufenen Zeitarbeitsbranche.

Auf dem Ausbildungsmarkt gleicht die Lage in Sachsen der in Leipzig. Für 42 705 Bewerber stehen 14 536 betriebliche Plätze bereit, also ein Verhältnis von drei zu eins.

• JOACHIM SPITZNER

Multikulti im Werk II



Die Gesellschaft für Völkerverständigung e.V. lud am 8. 7. zum Straßenfest und viele, viele kamen und überzeugten sich, fünf Stunden lang, von der Vielfalt gelebter Kultur.



Foto: Eiltzer

Splitter aus dem Stadtrat

Neuer Nahverkehrsplan

Mit großer Mehrheit beschloss der Stadtrat den fortgeschriebenen Nahverkehrsplan, in dem erstmalig die neuen Ortsteile integriert sind. Die Mobilität für alle soll gesichert bleiben und die Standards des Öffentlichen Personennahverkehrs gehalten werden, obwohl die CDU die Absenkung gefordert hatte.

Unterstützung für Begegnungszentrum

Auf Beschluss des Stadtrates wird sich Leipzig mit einem erhöhten städtischen Förderanteil an der Kompensierung der Mehrkosten für den Bau des Jüdischen Begegnungszentrum in der Hinrichsenstraße beteiligen. Sie entstanden durch Verzug infolge von Rechtsstreitigkeiten mit Nachbarn, welche den Bau verhindern wollten.

Klares Bekenntnis contra NPD

Auf Anfrage der Linksfraktion erklärte OBM Jung, dass unabhängig von der rechtlichen Situation die Stadt und der Stadtrat keine NPD-Veranstaltungen im Haus Leipzig, den Gaststätten „Lokomotion“ und „Trommelholz“ noch anderswo wollen.

Kindertagesstättenetz für 2020 knüpfen

Auf Grund aktueller Bedarfsprognosen beschloss der Stadtrat die Schaffung eines flächendeckenden und bis auf 2020 langfristig angelegtes Kindertagesstättenetzes, dass eine wohnnahe Versorgung mit Kindergarten- und Kinderkrippenplätze verbessern soll. Dafür müssen neue Einrichtungen im Norden, Süden und Südwesten geschaffen werden.

... die Straßen von Leipzig damit pflastern

Am LN-Telefon: Edda Möller zum Volksantrag „Courage zeigen. Für ein weltoffenes Sachsen“

Mit dem Volksantrag zur Veränderung der Sächsischen Verfassung sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, dass auch in diesem Bundesland rechtsextremistische, antisemitische und neofaschistische Kräfte im alltäglichen und politischen Leben provokant und organisiert in Erscheinung treten.

Der Verein „Courage zeigen“ (Vorsitzende Edda Möller) rief sachsenweit auf: „Angesichts derartiger Entwicklungen ist es angezeigt und dringend geboten, dass in der Sächsischen Verfassung unzweideutig zum Ausdruck kommt, dass es in der Verantwortung des Landes und grundsätzlich jedes Bürgers liegt, die Verbreitung dieses Gedankengutes nicht zuzulassen. Es ist ein Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung.“

LN: Das Ziel der Verfassungsänderung wurde nicht erreicht. Wieviel Stimmen haben am Ende für diesen Volksantrag gefehlt?

Edda Möller: Es haben rund 10 000 Stimmen gefehlt. Wir bilanzieren gegenwärtig rund 35 000 Unterschriften sachsenweit. Davon waren aber noch nicht alle durch die Ämter bestätigt. Die Zahl 40 000 ist notwendig für so einen Volksantrag. Im Vorfeld hatten wir geplant, dass wir 44 000 Stimmen brauchen, weil es erfahrungsgemäß bei so einer Aktion auch immer ungültige Unterschriften gibt. Wir hatten – wie gesagt – 35 000. Davon waren 8000 noch nicht bestätigt, weil wir teilweise die Listen sehr spät zurückbekommen haben. In Leipzig ist das allerdings sehr zügig erfolgt und durch die Ämter bearbeitet wurden. Aus anderen Regionen haben wir im Juni 2007 noch Listen bekommen, die sogar schon im Oktober 2006 unterschrieben wurden.

Wäre es in dieser Situation sinnvoll

gewesen, den Abschlusstermin der Unterschriftenbögen zu verschieben?

Wir hatten bereits im Vorfeld hin und her überlegt und da auch an den 1. September dieses Jahres gedacht. Wir wollten somit den Weltfriedenstag nutzen, um die Unterschriftenlisten zu übergeben.

Wo lag aber das Problem?

Dass wir wohl doch zum falschen Zeitpunkt mit der Aktion begonnen haben.

Jahr. Somit wären die Monate Juni bis August des vergangenen Jahres als Zählstimmen weggefallen. Das war die Schwierigkeit, so dass wir uns dann durchgerungen haben zu sagen: Wir brechen doch ab. Und alles noch einmal bis zum Ende des Jahres zu verschieben, wäre noch schwieriger geworden. Wir hätten dann – wegen der Jahresfrist – weitere bereits gegebene Unterschriften noch einmal nachzeichnen lassen müs-

standen auf Marktplätzen, haben mit großem Erfolg Vereine und Verbände angeschrieben. Es wurde aber auch gesagt: Es läuft doch schon der Volksantrag „Kurze für Wege für kurze Beine.“ Da kann man schwerlich noch eine weitere Unterschriftenliste auslegen. Der Bund der Antifaschisten forderte mit einer Liste das bundesweite Verbot der NPD und meinte, dann hätte sich dieser sächsische Volksantrag ohnehin erledigt.

Können Sie dem Argument folgen?

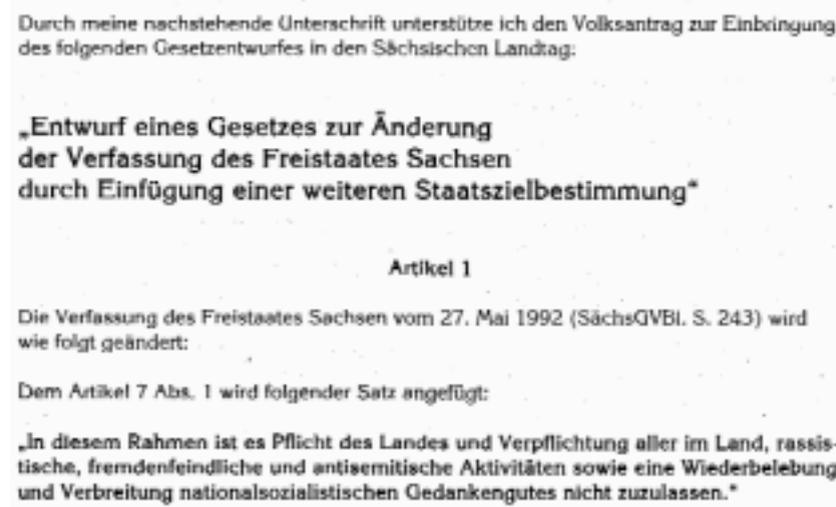
Ich folge all diesen Argumenten gar nicht. Außerdem ging es uns bekanntlich nicht nur um das Verbot einer Partei. Leider haben wir unser Ziel jetzt nicht erreicht, darüber wird nachzudenken sein. Aber die vielfältigen Diskussionen, die mit den Bürgern geführt wurden, die haben, da bin ich mir andererseits sehr sicher, etwas bewegt im Denken und auch im künftigen Handeln. Das bleibt meine Hoffnung.

Was passiert jetzt mit den Listen?

Ich würde gern die Straßen von Leipzig damit pflastern, wenn Worch wieder marschiert. Dass das mit solch vertraulichen Angaben nicht geht, ist mir schon klar. Die Listen werden auf keinen Fall in irgendeinem Keller verrotten ... wir überlegen noch.

Was ist das persönliche Fazit nach so einer Kraftanstrengung?

Es ist nie vergebens, gegen neonazistisches Gedankengut zu sensibilisieren. Und als Vereinsvorsitzende von „Courage zeigen“ möchte ich mich noch einmal bei allen Helfern sehr bedanken. Ich weiß, dass viele Unterzeichner durch die Aktionen zum Nachdenken angeregt wurden. Die Menschen sind sensibilisiert gegen die Belebung solch verheerenden Gedankengutes. Gerade wir Deutschen haben da eine geschichtliche Verpflichtung.



Wann war das genau?

Am 19. Juni 2006. Damals hatten wir alles sachsenweit über eine Landespressekonferenz publik gemacht und viele der Unterstützer und Initiatoren begannen mit der Unterschriftensammlung. Nun kam aber gleich die Ferienzeit. Trotzdem sind bis Anfang September 2006 ca. 2000 Unterschriften eingeholt wurden. Jetzt, ein Jahr später, könnten wir aller Voraussicht nach höchstens auch noch mal 2000 Stimmen bekommen, das hätte nicht gereicht. Auch das Folgende ist zu bedenken: Alle gegebenen Unterschriften gelten grundsätzlich nur ein

So etwas ist kaum machbar und nicht zu organisieren.

Es war ja gerade in den letzten Wochen sachsenweit ein große Bereitschaft zum Unterschreiben allerorts. Sehr viele junge Leute engagierten sich über Tage und Wochen. Gab es regionale Unterschiede im Ergebnis?

Ja. Beispielsweise in dem Delitzscher Kreis mit geringer Bevölkerungsdichte haben rund 1500 Bürger unterschrieben. In Annaberg zum Beispiel nur 70. Wir werten das noch aus und wollen auch noch einmal mit den Helfern reden, die unser Anliegen unterstützt haben. Wir

Mit der Trümmerbahn durch die Stadt

Eine geschichtliche Reise mit Hoffnung nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges

Von den im Jahr 1942 vorhandenen ca. 50 000 Gebäuden des Stadtgebietes waren bei Kriegsende etwa 26 000 mehr oder minder schwer beschädigt, darunter knapp 10 000 total zerstört. Von den 225 000 Wohnungen wiesen 124 000 Schäden auf. 44 000 waren völlig verloren und 14 000 mittelschwer beschädigt. Das bedeutet: Mindestens 4,6 Millionen m³ Trümmer waren zu beseitigen.

Obwohl ich mich als Buchleser immer gern gegen Statistiken und Zahlenspiele wehre, machen sie doch in diesem von Christoph Kaufmann sehr sensibel dargestellten Kapitel der Leipziger Nachkriegsgeschichte Sinn. Zumal sich der Autor in den 140 Seiten nicht darin verliert. Schon im Vorwort findet er interessante Anknüpfungspunkte, die den Jahrzehnte später Geborenen eine völlig neue Sicht auf vielleicht bisher unerklärlche grüne Hügel im an-

sonsten eher ebenen Leipziger Stadtbild bieten. Was verbirgt sich hinter oder besser unter dem „Fockeberg“? Was hat es mit dem „Silbersee“ in Dölitz auf sich? Die bilderreiche Publikation gibt nicht nur schlüssige Antworten auf diese Fragen, sondern beleuchtet erstmalig in dieser Ausführlichkeit ein Kapitel Nach-



Wilhelm-Leuschner-Platz, im Hintergrund die zerstörte Westseite mit dem Kaufhaus Uri

kriegsgeschichte, das im Gegensatz zu Berlin, Dresden oder Hannover in Leipzig so noch nicht dargestellt wurde. Christoph Kaufmann nutzte das zur „Trümmerbahn“ reichlich vorhandene Fotomaterial des Stadtgeschichtlichen Museums. Originale Lokomotiven, Loren und Schienen sind dagegen längst den Weg



Dampflok der Trümmerbahn (derartige Kohlenberge waren damals ein Wunschtraum)

allen alten Eisens gegangen, das damals äußerst knapp war.

Die zahlreichen ausdrucksstarken Fotos berühren den heutigen Betrachter auch durch ihre Widersprüchlichkeit. Sie geben nicht nur Zeugnis von einer durch den Faschismus zu Tode geschundenen Stadt, sondern lassen auch etwas von dem Willen der Bewohner erahnen mit dieser Wahnsinnszerstörung fertig zu werden und Leipzig „mit Volldampf“ wieder aufzubauen.

Dem Leser wird im Buch die unmenschliche Zerstörungskraft des Krieges vor Augen geführt, und er bekommt mehr als Respekt vor den Trümmerfrauen und -männern.

• M. Z.

Christoph Kaufmann:
Mit Volldampf durch die Stadt.
Lehmstedt-Verlag,
Leipzig 2006. 140 S.,
16,90 Euro.

Mein lieber Schwan! Das war `ne Woche! Laut wie ein Live-Earth-Konzert und putzig wie Brehms Tierleben...

Normalerweise macht sich beim gemeinen Landtagsabgeordneten wohlige Vorfreude breit, wenn Präsident Iltgen nach dem letzten Juli-Plenum den Grill anfeuert und allen milde lächelnd zuprostet, um die parlamentarische Sommerpause einzuläuten. Das wäre diesmal auch so gewesen, hätten nicht die stänckerlustigen Oppositionsfraktionen mit ihrem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Trockenlegung sächsischer Sumpfbereiche die Koalition wie einen Hühnerhaufen vor sich hergejagt. Wie eine **Hyäne** muss der alte Fritz (Hähle, CDU) aufgeheult haben, als er den Antrag gelesen hat. Er verstehe ihn nicht, monierte er – und das Wort „korruptiv“ habe er ja im Duden auch nicht gefunden. Nach derartiger Verbal-Verwirrung konnte man es ihm dann fast schon wie-

Viecherei im Landtag



Dresdner Bäbe

Hauptstadtbetrachtungen von G. Hupf

der nachsehen, dass er dem Oppositionsantrag SED-Jargon unterstellte und FDP, Grüne und Linke unisono in die Stasi-Tonne klopfte, was diese zur Hochform auflaufen und wie die **Rohrspatzen** auf die schwarz-rote Blockadekoalition schimpfen ließ.

WER ANNIMMT, das sei nicht zu toppen, der irrt – und hat die Rechnung ohne MP (!) Milbradt gemacht, der in Sachen Akten-Affäre fast gut sieben Wochen lang den **Wüstenwaran** gab und sich kein Stück bewegte. Aber,

das www weiß: „Wird der Wüstenwaran angegriffen, pumpt er seine Lungen voll Luft, richtet sich auf und faucht und zischt furchterregend...“ Wie das aussehen kann, war am 4. Juli im Landtag zu bestaunen, als Milbradt mit hochrotem Kopf und meldepflichtiger Dezibelstärke Gift und Galle spuckte und die rotzfreche Opposition dabei auch der Lüge bezichtigte. Im Gegenzug verpasste Grünen-Chefin Hermenau dem erst kurz zuvor aus China zurückgekehrten MP

den Titel „beleidigte **Peking-ente**“. Andere wiederum meinten nach der dahin gebellten Hasstirade eher einen sprichwörtlich getroffenen **Hund** gesehen zu haben. Wie dem auch sei, als Peking-Ente droht maximal H5N1, beim getroffenen Hund ginge der Job mit flöten ... **WEDER ENTE NOCH HUND** sondern **Hängebauchschweine** waren es, mit denen FDP-Fraktionär Torsten Herbst gegen Ende eben jener Plenartage vor allem sich selbst zum Lachen brachte. Vor dem Hintergrund des FDP-Antrags zum Stopp der ungebremsten Erhöhung der Rundfunkgebühren wollte Herbst aufzeigen, dass die Öffentlich-Rechtlichen ihren Bildungsauftrag mitunter fragwürdig auslegen. Dazu nahm er sich eine ARD-Sendung zur Jungsteinzeit vor, in der Freiwillige das Leben zwischen Pfahlbauten und Ötzi nachspielten. Herbst zitierte „Spiegel Online“: „Während sich die Familie in feuchten Nächten

wie eine Sippschaft Hängebauchschweine wärmend aneinander schmiegte, lenkt sich das Singlemännchen von seinem einsamen Schicksal mit verwegenen Aktionismus ab.“ Weiter kam der Liberale vor Lachen erstmal nicht, bevor er, nachdem sich die allgemeine Heiterkeit gelegt hatte, darauf verwies, dass der medialen Grundversorgung der Bürger mit einer „derart billigen Big-Brother-Kopie“ mitnichten Genüge getan sein. Trotzdem lehnte die Koalitionsmehrheit den Antrag ab und blieb damit ihrem Muster treu, Oppositionsanträge grundsätzlich wegzustimmen.

Zur Strafe dafür dürfen sie aber Ende Juli alle noch mal wiederkommen, denn die Opposition hat sich einen Sonderlandtag erzwungen, um ihr Grundrecht auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durchzusetzen – und um den Leithammel im Landtagszoo endlich Beine zu machen.

Keine Frage, der sächsische Skandal um ein in der deutschen Politik- und Kriminalgeschichte wohl noch nicht da gewesenes 200-köpfiges kriminelles Netzwerk wird ausgehen wie weiland das Hornberger Schießen. Vielleicht erinnern Sie sich: Eine Postkutsche, dann auch noch ein Krämerkarren und eine Rinderherde hatten just jenen Staub aufgewirbelt, unter dem die Hornberger anno 1564 den Herzog von Württemberg, vermuteten. Als der dann wirklich einritt, war alles Pulver bereits verschossen. Kein Salut mehr möglich. Was einige ganz brave Bürger dazu getrieben haben soll, die Salutschüsse durch lautes Brüllen nachzuahmen.

Die Panikreaktionen in Dresdner Regierungsstuben besagen es schon: Außer ein paar unumgänglichen Bauernopfern, die ein bisschen Staub aufwirbeln, wird die Sache ins Leere laufen. Sozusagen ein bisschen Brüllerei statt der Salutschüsse. Der politische Aufklärungswille ist gering. Inzwischen ist das unübersehbar. Der Grund dafür ist logisch, 2009 wird in Sachsen gewählt (und Ministerpräsident Milbradt muss sich schon im September als CDU-Landesvorsitzender bestätigen las-

Hornberger Schießen auf sächsisch

Wenn sich der Korruptionsskandal-Staub gelegt hat, werden wir mit langen Nasen dastehen

sen). Vorwärtsverteidigung ist angesagt. Zeigte sich Innenminister Buttolo vor Wochen entsetzt über das, was in den Akten stehe, so greift sein Chef, Georg Milbradt, inzwischen massiv nicht etwa die korrupten Staatsdiener, sondern die Linken an. Die, so der freiwillig Taubblinde wörtlich, würden „mit Lügen, Verdrehungen und Halbwahrheiten“ politisches Kapital aus der Affäre ziehen. „Was Sie tun“, rief er dieser Tage entrüstet in den Landtagssaal „ist, mit Behauptungen den Freistaat madig zu machen“.

Die Devise ist eindeutig: Genug mit der Affäre. Sie schadet dem Freistaat. Und ganz, ganz viele hiesige Journalisten spielen nach der barschen Milbradtschen Kritik, sie hätten differenzierter berichten müssen, auch schon artig die neue Strategie mit. Wo bleiben Nachfragen: Wer ist verantwortlich ist für das Schreddern wichtiger Akten und welche waren das?. Wer war in welchem Bordell und machte sich

alles erpressbar? Welche Immobilien wurden wem zugeschoben, wieviel Bakschisch floss wem zu ...?

Die CDU-Regierung will die Deutungshoheit in diesem Schlamassel zurückgewinnen. 2009 muss sie so sauber wie nur möglich dastehen. Kein unnötiger Staub mehr. Wobei, wenn schon von Wahlkampf-Munition die Rede ist, die verschießt die CDU vor allem selbst, um mit ihrem Innen- und ihrem Justizminister (einschließlich deren Vorgänger Thomas de Maiziere) aus der Schusslinie zu bekommen. Besonders deutlich wurde das dieser Tage im CDU-Kampf gegen den von den Linken, den Grünen und der FDP beantragten Untersuchungsausschuss. Die SDP-Spitze um ihren Chef Thomas Jurk hatte vorsorglich klar gemacht, „sie wolle sich nicht in Mithaftung nehmen lassen“ – ein Untersuchungsausschuss werde kommen, so oder so. Allerdings, die SPD weiß, sie sitzt im

Glashaus. CDU-Chefs verweisen bei jeder kleinen Gelegenheit darauf, dass der Schwerpunkt des kriminellen Netzwerkes schließlich in Leipzig liege, der SPD-Hochburg. Zudem scheint sicher zu sein, dass in den Verfassungsschutzdossiers Namen von hochrangigen SPD-Politikern stehen – neben von CDU-Regionalgrößen.

Das Liebäugeln der SPD-Koalitionisten mit dem (ziemlich gewiss von der Landtags-Sondersitzung am 19. Juli bestätigten) Untersuchungsausschuss hat natürlich mit dem Druck der Parteibasis zu tun, der es weniger als den CDUlern um einen sauberen Schein als doch um ein wirklich sauberes Sachsen geht.

Aber – was bringen in diesem Land, in dem Akten auf Teufel komm raus verschwinden, wichtige Stellen in nur ganz zack herausgegebenen Restordnern geschwärzt werden oder Zeugen auf wunderbare Weise alles vergessen haben, schon Untersuchungsausschüsse?

Wie lieb doch Schiller schon 1780 seine Räuber erkennen: „Da ging's aus wie's Schießen zu Hornberg und mussten abziehen mit langer Nase.“

• WART

30. Juni

Leipzig. Die steigenden Milchpreise nennt der Chef der Käseerei Lehmann, die den Schimmelkäse „der Blaue“ herstellt, als Grund für die Entlassung aller 20 Angestellten. Er hofft dies zurücknehmen zu können, wenn der Handel eine Preiserhöhung seiner Produkte akzeptiert.

Leipzig. Rund 550 000 Ratsuchende wandten sich im Vorjahr an eine der 13 Filialen der sächsischen Verbraucherschutzzentrale, das sind rund 70 000 mehr als 2005, sagte Geschäftsführer Betz bei der Vorstellung der Jahresbilanz.

2. Juli

Oberwiesenthal. Skilanglauf-Olympiasiegerin Claudia Künzel-Nystad (29) ließ ihre in Salt Lake City erworbene Goldmedaille zugunsten einer Hilfsorganisation für missbrauchte Kinder versteigern. Für 22 000 Euro ging die Medaille an das Olympiamuseum in Smolensk.

Dresden. Rund 70 000 Menschen in Sachsen sind medikamentensüchtig, die meisten von ihnen Frauen. Damit ist

SACHSEN-CHRONIK

(30. Juni bis 10. Juli)

diese Abhängigkeit nach dem Alkoholismus (90 000) das zweitgrößte Suchtproblem im Freistaat.

3. Juli.

Dresden. Am 1. Juli, ein halbes Jahr verspätet, begann in Sachsen ein Mammographie-Screening-Programm, zu dem alle zwei Jahre die rund 600 000 krankenversicherten Frauen zwischen 50 und 70 Jahren eingeladen werden, um frühzeitig noch nicht tastbare Tumore aufzuspüren.

4. Juli

Chemnitz. Eine Studie der Technischen Universität besagt, dass viele Städte nicht auf das Älterwerden der Gesellschaft vorbereitet sind. Ältere Menschen wollen unnötige Wege vermeiden, heißt es, zudem fehlen Sitzgelegenheiten zum

Ausruhen. Nötig seien günstige Anfahrten und eine ausreichende Toiletten-situation. Alles Faktoren, die die Einkaufszentren auf der grünen Wiese bieten würden.

5. Juli

Leipzig. Den dritten Platz deutschlandweit bei der Patientenzufriedenheit (88,3 Prozent) belegt das St. Elisabeth-Krankenhaus laut einer Befragung der Techniker Krankenkasse.

Döbeln. Die Stadt erwägt „auf Anraten ihrer Hauptgläubigerbank“ ernsthaft den kompletten Verkauf der Döbelner Wohnungsbau- und Verwaltungen GmbH mit 2450 Wohnungen. Es gibt bereits in- und ausländische Interessenten an dem, wie es heißt, 60-Millionen-Euro-Geschäft.

6. Juni

Leipzig. Nach einem zweijährigen Mammutverfahren werden zwei Leipziger Unternehmer zu mehrgjährigen Haftstrafen verurteilt. Mit ihren Geflecht aus Zeitarbeitsfirmen und privaten Arbeitsvermittlern kassierten sie bei Arbeitsämtern Vermittlungsprovisionen, obwohl sie gar keine Jobs vermittelten.

8. Juli.

Machern. Die Region wird mit dem Fund eines mit H5N1 infizierten Haubentauchers zur Vogelgrippe-Sperrzone erklärt.

Leipzig. Der Aufsichtsrat der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft will die gegen die LWB geäußerten Vorwürfe im Zusammenhang mit dem sächsischen Korruptionsskandal klären lassen. Kontrolliert werden sollen alle vermögensrechtlichen Entscheidungen und Immobilienverkäufe der 90er Jahre.

10. Juni

Dresden. Die Landtagsfraktion der Linken wählt ihren bisherigen parlamentarischen Geschäftsführer André Hahn zum Nachfolger von Peter Porsch als Fraktionsvorsitzenden.



Sagt NEIN zur Bundeswehrkarriere

Leipziger Proteste gegen den „Livelineer“, die Bundeswehr-Werbetricks

Gesperrt wegen des Livelineers „Karrierestart bei der Bundeswehr“, bestehend aus mehreren Trucks, war ab 11. Juni der Richard-Wagner-Platz unweit der Blechbüchse.

In einer aufwendigen Aktion warb die Bundeswehr unter dem Motto „Entschieden gut. Gut entschieden. Ihre Karriere in der Bundeswehr“ junge Frauen und Männer für einen militärischen oder zivilen Berufseinstieg bei der Bundes-

wehr. Gegen diesen „KarriereTreff“ aber auch gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr demonstrierten Aktivisten von attac und anderen Friedensorganisationen am 13. Juni. In immer stärkerem Maße gewinnt bei der Bundeswehr eine Strategie an Vorrang: „Das Heer erhöht die Fähigkeit zur raschen Reaktion und zu lang andauernden Einsätzen außerhalb Deutschlands. Es trägt so zur multinationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung bei. Das Heer wird befähigt, einen langfristigen Beitrag zur Stabilisierung kritischer Regionen zu leisten.“ (www.bundeswehrkarriere.de)

Im Klartext: Jede Soldatin und jeder Soldat muss heute damit rechnen, während seiner Dienstzeit im Rahmen von sogenannten friedensschaffenden und friedenerhaltenden Maßnahmen zeitlich befristet

auch im Ausland eingesetzt und dort auch getötet zu werden oder selbst mit der Waffe zu töten.

Übrigens: Ängstlich sind die Herren und Damen schon jetzt. So wunderte es nicht, dass ein Feldjäger mit rechtlichen Konsequenzen drohte, falls sein Bild in der Presse veröffentlicht würde. Er will demnächst im Ausland für die Bundeswehr tätig werden.

Obwohl nur wenige Besucher die Karriere-Veranstaltung der Bundeswehr besuchten – der attac-Protest „Wo es knallt, sind wir dabei, BRD als Kriegspartei!“ an diesem Nachmittag auf dem Richard-Wagner-Platz war unübersehbar.

• TEXT UND FOTOS: G. EILTZER



Die Feldjäger (Militärpolizei) der Bundeswehr haben als Symbol den preußischen Gardestern. Das ist der Stern des von Friedrich I. gestifteten Schwarzen Adlerordens mit der Devise Suum cuique „Jedem das Seine“.

Eine aktuelle Umfrage vom Emnid besagt, dass 68 Prozent der Deutschen die Teilnahme am Krieg in Afghanistan für falsch halten. Nur 29 Prozent halten den Einsatz für richtig. Wahrlich kühn, nämlich „im Namen dieses Volkes“, das allerdings eindeutig ganz anders votiert, urteilte nun das Bundesverfassungsgericht, als es über die gegen die Bundesregierung gerichtete Organklage der Bundestagsfraktion PDS/Die Linke entschied, die die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) in Afghanistan betrifft. „Im Namen des Volkes“ wurde die Klage als erfolglos beschieden.

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts befand mit seinem Urteil vom 3. Juli 2007, dass die Bundesregierung mit dem Beschluss zur Entsendung von Tornado-Aufklärungsflugzeugen nach Afghanistan keine Rechte des Deutschen Bundestags aus Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG in Verbindung mit Art. 24 Abs. 2 GG verletzt habe. „Der NATO-geführte ISAF-Einsatz in Afghanistan diene der Sicherheit des euro-atlantischen Raums und überschreite daher nicht wesentliche Strukturentscheidungen des NATO-Vertrags. Zudem lägen keine Anhaltspunkte für eine strukturelle Abkopplung der NATO von ihrer friedenswahrenden Ausrichtung vor.“

Richtig fair und ganz rechtsstaatlich hat das Gericht zuerst einmal festgestellt: „Die Anträge sind zulässig, insbesondere ist die Antragstellerin antragsbefugt. Sie hat hinreichend dargelegt, dass der Deutsche Bundestag durch die angegriffenen Maßnahmen in Rechten verletzt sein könnte, die ihm durch das Grundgesetz übertra-

„Im Namen des Volkes!“ Wessen Volkes?

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über den Tornado-Einsatz

gen worden sind.“ Um die Anträge dann, wie allerdings hundertprozentig vorauszusehen war, abzuschmettern. Deutschland – oder was ein paar Hundert Geldsäcke darunter verstehen, die sich dieses Land aneigneten – wird am Hindukusch verteidigt. Basta! Da hat ein unabhängiges Gericht keinen Spielraum und folgert glasklar „Die Anträge sind unbegründet.“ Denn: „Der regionale Bezug als Kernelement des Integrationsprogramms des NATO-Vertrags bedeutete von Beginn an nicht, dass militärische Einsätze der NATO auf das Gebiet der Vertragsstaaten beschränkt sein müssten.“

Länder der Welt, die ihr begehrenswerte Bodenschätze habt oder auf Zufahrtsstraßen zu diesen liegt, nehmt euch in Acht! Deutsche Richter machten schon mal deutlich: „Der ISAF-Einsatz in Afghanistan liefert danach ... auch keine Anhaltspunkte für eine strukturelle Abkopplung der NATO von ihrer friedenswahrenden Zweckbestimmung (Art. 24 Abs. 2 GG). Der Charakter des NATO-Vertrags ist durch den ISAF-Einsatz in Afghanistan und das dortige Zusammenwirken mit der Operation Enduring Freedom ersichtlich nicht verändert

worden. ISAF und die Operation Enduring Freedom haben getrennte Zwecksetzungen, unterschiedliche Rechtsgrundlagen und klar abgegrenzte Verantwortungssphären. Während die Operation Enduring Freedom vornehmlich der unmittelbaren Terrorismusbekämpfung gilt, dient ISAF der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Afghanistan, um eine Grundlage für den zivilen staatlichen Aufbau zu schaffen. Durch Kooperationen zwischen den Einsätzen, die die Sicherheit in Afghanistan erhöhen sollen, sind diese rechtlichen und tatsächlichen Trennungen nicht aufgehoben worden. Dass von integrierten Kampfeinsätzen nicht gesprochen werden kann, ergibt sich bereits aus dem Beschluss der Bundesregierung

zur Entsendung der Tornado-Aufklärungsflugzeuge. „Tja, wenn die Bundesregierung das den Richtern so vorgibt. Das Dumme ist nur, dass sie allerhand vorgibt, zum Beispiel nicht zu wissen, wie es zu den nicht genehmigten Tornado- und anderen Aufklärungseinsätzen über Heiligendamm kam ...

Aber bleiben wir bei den Afghanistan-Tornados: „Was die Weitergabe von Aufklärungsergebnissen an die Operation Enduring Freedom betrifft, so ist diese nach dem genannten Beschluss auf der Basis des ISAF-Operationsplans der NATO nur dann vorzugehen, wenn dies zur erforderlichen Durchführung der ISAF-Operation oder für die

Sicherheit von ISAF-Kräften erforderlich ist.“

Was für ein scheinheiliger Freibrief für jeglichen Terrorismus der selbsternannten „Friedensstifter“ – die die menschlichen Kollateralschäden, sofern es Afghanen sind, ohnehin nicht erfassen. Uninteressante Zahlen.

Dabei, diese wunderbaren Tornados! Sind sie nicht phantastische Cabrios der Lüfte, wie sie so im Aufwind der afghanischen Bergwelt herumrauschen? Gesteuert von Kameradschaft suchenden Helden, die viel günstiger als bei Sixt zu ihrem Vergnügen kommen.

Wenn Sie das jetzt blöd oder makaber finden, dann sehen Sie sich die untenstehende, von uns zur Warnung kostenlos faxsimilierte Werbung genau an. Sie stand u. a. – doppelseitig – im Spiegel 21/2007.

Damit keiner auf falsche Gedanken kommt, die angegebene Microsite www.gehzurarmee.de stammt nicht von der Bundeswehr (was aber kaum ein Betrachter bemerken wird oder sollte). Sie ist inzwischen deaktiviert, weil die drei toten Soldaten in Afghanistan den Charakter solcher Werbung, die tatsächlich von Sixt stammt, entlarvte. Als einmalige Aktion angelegt, so heißt es, wollte JvM/Elbe damit Verteidigungsminister Franz Josef Jung unter die Arme greifen, der in einem Focus-Artikel über den Mangel an Rekruten klagte. Arbeitsmotto der „Kreativen“ war laut Geschäftsführer Wolf Heumann: „Ein Minister klagt. Sixt hilft“.

Dennoch: In einer dem Frieden wirklich verpflichteten Demokratie wäre solch ein Inserat ein Fall für den Staatsanwalt.

• MAXI WARTELSTEINER



Vor genau 45 Jahren habe ich meine Doktordissertation an der Alma Mater Lipsiensis zum Thema „Das arabische Erdöl den arabischen Völkern“ verteidigt. Wer ahnte damals, dass der nicht zu stillende Durst der USA nach dem arabischen Öl so aktuell bleiben würde.

Das ölfreichste Gebiet im Visier von US-Ölfirmen

Der einstige US-Präsident Roosevelt formulierte unmittelbar vor Ende des Zweiten Weltkrieges in einem Gespräch mit dem damaligen britischen Botschafter Sir Halifax den Anspruch seines Landes auf das nahöstliche Erdöl: „Das persische Öl gehört euch. Wir teilen uns das Öl des Irak

Von **SARKIS LATCHINIAN**

und Kuwaits. Was das Öl Saudi-Arabiens betrifft, das gehört: uns.“

Roosevelts Plan wurde Realität und bestimmte lange Zeit die nahöstliche Nachkriegsordnung. Infolge offener und verdeckter Interventionen um das Öl des Nahen Ostens gelang es den US-amerikanischen Erdölfirmen, im Zeitraum von 1940 bis 1967 ihre Kontrolle über die Ölreserven dieser Region von 10 auf nahezu 60 Prozent auszudehnen, während die unter britischer Kontrolle stehenden Reserven im selben Zeitraum von 72 auf 30 Prozent schrumpften. Der Zweite Weltkrieg hatte den Strategen der Wall Street nicht zuletzt auch die wichtige Erkenntnis nahegebracht, dass ohne das Erdöl, diese Primärenergie der Weltwirtschaft, sogar der höchstentwickelte Militärapparat nichts wert ist. Wer die Ölzufuhr kontrolliert, hat auch die Kontrolle über die globale Wirtschaft und über die Militärmaschinerien. Nach den aktuellen Fördermengen und den riesigen Reserven sind die Monarchien der Golfregion sowie der Irak und der Iran heute die wichtigsten Akteure auf dem weltweiten Rohölmarkt. Saudiarabien wird ein Viertel der gesicherten Vorkommen der Erde (263 Milliarden Barrel; 1 Barrel = 159 Liter) zugeschrieben, an zweiter Stelle liegt der Irak (113 Milliarden), es folgen die Vereinigten Arabischen Emirate (98 Milliarden), Kuwait (97 Milliarden) und der Iran (93 Milliarden).

Insgesamt lagern fast zwei Drittel der bekannten Ölreserven der Welt im Boden dieser fünf Länder. Sie verfügen zugleich über 40 Prozent der nachgewiesenen Welterdgasreserven. Das gilt insbesondere für Katar, das inzwischen der drittgrößte Erdgaslieferant der Welt nach Russland und dem Iran ist. Diese Region liefert allein pro Tag 20 Millionen Barrel Öl. Wenn man das Preisniveau von etwa 35 US-Dollar pro Barrel zugrunde legt, so ergibt sich pro Jahr ein Erlös von über 250 Milliarden US-Dollar. Der gesamte Ölschatz dieser Region hat einen Verkaufswert von über 15 Billionen (= 15 000 Milliarden) US-Dollar. Jede nachhaltige Preissteigerung um einen US-Dollar pro Barrel bedeutet eine Wertsteigerung allein des irakischen Ölschatzes um über 100 Milliarden US-Dollar, für Saudi-Arabien zusätzlich 250 Milliarden Dollar, für die OPEC (Organisation erdöl-exportierender Länder) etwa 700 Milliarden US-Dollar.

Wenn es im Jahre 2002 – vor der US-amerikanischen Invasion – korrekt war, den Wert des irakischen Öls mit 2 bis 3 Billionen (= 2 bis 3 Tausend Milliarden) US-Dollar zu bewerten, so ergab sich unter Zugrundelegung des Ölpreises Ende 2004 bereits ein Wert von etwa 4 Billionen US-

Dollar. Seitdem hat sich ein steigender Trend des Ölpreises auf dem Weltmarkt durchgesetzt.

Die größten privaten Ölfirmen – vor allem US-amerikanische, britische, französische und holländische – verdienen bereits aufgrund der so genannten „Panikprämie“ (die sich aus einem zu erwartenden Preisanstieg des Rohöls auf dem Weltmarkt ergibt) von ein paar Dollar pro Barrel Öl derzeit recht gut, noch bevor sie unmittelbaren Zugriff auf die Ölquellen dieser Region bekommen haben.

Die Verstaatlichung der Erdölreichtümer in Nahost

Zum großen Unmut der führenden internationalen Ölkonzerne sind die Erdölreichtümer der Nahost-Region Staatseigentum. Die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts global einsetzende Entkolonial-

sierung hatte es vermocht, der Allmacht US-amerikanischer und anderer Ölgesellschaften in dieser Region Schritt um Schritt Positionen streitig zu machen. Dem gescheiterten Versuch der demokratisch gewählten Regierung des Iran unter Ministerpräsident Mossadegh, der es gewagt hatte, 1951 als erster Regierungschef in dieser Region die Erdölreichtümer seines Landes den westlichen Ölkonzernen zu entreißen und sie in Staatseigentum zu überführen, folgte die erfolgreiche Verstaatlichung des Eigentums der britisch-französischen Suez-Kanal-Gesellschaft in Ägypten 1956. Der Nationalisierung der Erdölindustrie in Libyen 1969 schloss sich die Verstaatlichung der Erdölquellen des Irak 1972 an. Dem iranischen Schah sowie den Herrschern Saudi-Arabiens gelang es an der Wende von den 60er zu den 70er Jahren, sich aus den Knebelverträgen mit den Ölmultis der USA und Großbritanniens zu lösen, indem sie das Erdöl verstaatlichten und so noch zu Nutznießern der Entkolonialisierung wurden.

Fünf Jahrzehnte US-Interventionen

Seit mehr als einem halben Jahrhundert führen die USA offene und verdeckte Interventionen um das Öl der Nahostregion. Das Erdöl als der weltweit wichtigste ökonomische und strategische Rohstoff bleibt jedoch trotz dieser Politik weiterhin die Achilles-Ferse des amerikanischen Imperiums. Die USA sind mit einem Verbrauch von 25 Prozent der Weltproduktion an Öl der größte Konsument der Welt. Sie verfügen dagegen im eigenen Lande nur über zwei Prozent der bekannten Weltreserven an Öl. Hinzu kommt eine drastisch steigende Nachfrage nach Öl, so dass der Anteil des importierten Rohöls am Gesamtverbrauch der USA von gegenwärtig 52 bis 2020 auf schätzungsweise 64 Prozent steigen wird. Das sind von rund 10,4 Millionen Barrel pro Tag in der Gegenwart schätzungsweise 16,7 Millionen Barrel pro Tag im Jahr 2020. Deshalb ist der Erdölimport längst zu einer Priorität

der amerikanischen Handels- und Außenpolitik geworden, mit der Maßgabe, eine Energiepolitik zu betreiben, die nach Vizepräsident Dick Cheney „den verstärkten Zugriff der USA auf Ölvorkommen in chronisch instabilen Gebieten wie dem Persischen Golf, der Kaspischen Region, Lateinamerika und Schwarzafrika befürwortet, die weitaus realistischer wirkt, wenn sie von einer Militärstrategie flankiert ist, die darauf ab-zielt, das US-amerikanische Potenzial zum militärischen Einsatz in diesen Regionen erheblich aufzustocken“.

Dieser Strategie folgend, setzte die dem Erdöl-Clan zugehörige Bush-Administration unter der Losung „Krieg gegen den Terror“ einen Ressourcen-Krieg im Irak zur Sicherung der Ölversorgung der Weltmacht USA in Gang, der bis heute unerbittlich weitergeführt wird, um seine riesigen Ölvorkommen unter US-amerikani-

2003 die US-Truppen in Bagdad einmarschierten, wurde es sorgfältig abgeriegelt und mit „Experten“ des US-Konzerns Halliburton besetzt, der im US-Ölgeschäft führend ist. Oberste Priorität erlangte der Wiederaufbau der Ölindustrie. Man wollte die Ölproduktion innerhalb von 18 Monaten auf 3,5 Millionen Barrel pro Tag erhöhen, und in wenigen Jahren sollte sie 6 Millionen Barrel pro Tag erreichen. Heute liegt die Fördermenge der Rumeila-Ölfelder bei ca. zwei Millionen Barrel pro Tag und damit unter der Fördermenge vor dem Krieg. Die Raffinerien arbeiten schlecht. Diebstahl und Schmuggel konnten trotz Millionenbeträgen für die Absicherung der Ölförderanlagen nicht verhindert werden. Hunderttausende Barrel Öl sind einfach „verschwunden“.

Unter starkem US-Druck nahm die irakische Regierung am 18. Januar 2007 ein Gesetz zur Privatisierung der Ölförderung an, das seit Februar 2007 zur Annahme durch das Parlament vorliegt. Dieses Gesetz, das darüber entscheiden soll, wer in Zukunft Herr der irakischen Erdölindustrie wird, hat das Beratungsunternehmen *Bearing point* im Auftrag der US-amerikanischen Regierung ausgearbeitet. Ihr stand mit Rat und Tat kein anderer als der US-Vizepräsident Dick Cheney zur Seite, nämlich der Vater der so genannten neuen US-Energiestrategie und führende Mann der im US-Ölgeschäft führenden Halliburtondynastie. Dieses Gesetz bedeutet, dass der Irak die Kontrolle der irakischen Ölressourcen internationalen, vor allem jedoch US-amerikanischen Ölfirmen abtreten und ihnen 30 Jahre lang 70 Prozent ihrer Produktion überlassen soll. Ausgenommen sind lediglich 17 der heute produzierenden ca. 80 Ölfelder des Irak, die insgesamt 40 Prozent der bekannten Erdölreserven des Landes ausmachen. Damit würde der Irak den Großteil der Erdöleinahmen von 16 Milliarden Dollar pro Jahr verlieren, die gegenwärtig den Hauptteil seiner Einkünfte ausmachen. Vielerlei Interpretationen und Spekulationen sind dadurch entstanden, dass das irakische Parlament seit fünf Monaten keine Zeit gefunden hat, dieses Privatisierungsgesetz anzunehmen.

Fakt ist, dass Geheimdiplomatie, Konspiration und Korruption das Schicksal des Gesetzeswerkes im Parlament begleiten. Aufmerksamen Beobachtern ist es nicht entgangen, dass seit Februar 2007 eine regelrechte Häufung von Irak-Besuchen führender US-amerikanischer Politiker (z. B. Vizepräsident Cheney, Außenministerin Rice und Kriegsminister Gates) zu verzeichnen ist. Vermutet werden etwaiger Druck und Erpressungsversuche auf hochrangige irakische Politiker zur beschleunigten Annahme des Privatisierungsgesetzes. Die Rede ist von großangelegter Bestechung wichtiger Repräsentanten der regierenden korrupten Oberschicht des Irak, um deren Widerstand gegen das Gesetz zu brechen. Die Besatzer scheuen sich in diesem Krieg nicht, interreligiöse Feindschaften zu schüren, erdölarmer Regionen zu diffamieren und mit erdölreichen Gebieten zu paktieren, um das verfluchte Gesetz durchzusetzen.

Der Kampf um dieses Gesetz ist ein ungleicher. Das bisherige Nichtzustandekommen einer das Gesetz bejahenden Mehrheit im irakischen Parlament ist zwar ein wichtiger, aber nur vorläufiger Erfolg des Widerstandes gegen die Besatzung und ihr Privatisierungsdiktat. Dieser Kampf geht weiter. Sein Ausgang ist offen. Am längeren Hebelarm sitzen seine Initiatoren samt ihrer korrupten Anhänger im Lande.

Akute Gefahr der Privatisierung des irakischen Öls

sche Kontrolle zu bringen. Das US-Energieministerium rechnet, dass die geschätzte Gesamtmenge der irakischen Vorräte ausreichen würde, die Öleinfuhren der USA auf ihrem heutigen Niveau 98 Jahre lang zu decken. Im gegenwärtigen Aggressionskrieg gegen den Irak bündeln sich kurzfristige und präzise definierte Zielstellungen mit langfristigen strategischen. Zu den kurzfristigen gehört die Rückeroberung der in den 70er Jahren (am 1. Juni 1972) durch die Verstaatlichung des irakischen Erdöls verlorengegangene Monopolstellung der US-amerikanischen Ölkonzerne im Zweistromland. Zu den langfristigen Zielsetzungen der USA in diesem Krieg gehört die Rückführung dieser erdölreichen Region der Welt in einen Kolonialstatus, ihre Rekolonialisierung und damit die Umkehrung des historischen Prozesses der Entkolonialisierung des 20. Jahrhunderts.

Die Entwicklung in Regionen, deren Bewohner erfolgreich versucht hatten, die Verfügungsmacht über Ressourcen des eigenen Landes zu gewinnen, soll nach dem Willen des Aggressors zurückgedreht werden. Es soll Enteignung stattfinden zugunsten der US-amerikanischen Ölkonzerne. Deshalb ist auch dieser Irak-Krieg, wie fast alle Kriege ein Enteignungsdiktat. Im Sprachrohr der USA-Geschäftswelt *Wall Street Journal* hieß es hierzu unverblümt „Lasst uns ein Monopol im Nahen Osten knacken“.

Öl-Privatisierung auf der Tagesordnung

Die Privatisierung der irakischen Ölreichtümer stand für US-Präsident Bush und die Architekten der Irak-Invasion im März 2003 von Anfang an auf der Tagesordnung. Die Ölfelder von Basra im Süden Iraks und die Verladeanlagen der Hafenstadt Um Qasr gehörten zu den ersten „befreiten Gebieten“ des Irak, in denen Eliteeinheiten der Invasionstruppen postiert wurden. Während das Regierungsviertel am westlichen Tigrisufer in Schutt und Asche gebombt wurde, blieb das irakische Ölministerium verschont. Und als am 8. März

Der Beitrag in LN 13'07 zum 60. Jahrestag der Gesellschaft DSF „An Russland führt kein Weg vorbei“ bewegt natürlich schon. Mich interessierte dabei vor allem die Deutsch-Sowjetische-Freundschaft. Ich hab es aufgeschrieben ...

Am Anfang mag stehen: Diese Freundschaft wurde wirklich nicht nur offiziell „geübt“, denn aus „offiziellen“ Begegnungen entstanden vielfach auch private Kontakte ganz unverordnet (!), mit gegenseitigen wirklich ganz privaten Besuchen und sonstigen Beziehungen. Mir selbst und damals noch meiner Frau fiel im Oktober 1964 eine Annonce in der LVZ auf: „Sowjetische Germanisten suchen möbliertes Zimmer mit Familienanschluss...“ Wir antworteten und am 8. November 1964 zog für rund acht Monate der Kasache Sadyk aus Alma-Ata als Untermieter bei uns ein. Er konnte bereits sehr gut Deutsch, aber er wollte auch außerhalb des Weiterbildungslehrganges am Herderinstitut freiwillig „gezwungen“ sein, nur Deutsch zu sprechen. Es entwickelte sich eine sehr herzliche Freundschaft zu ihm, seiner Familie und seinen Freunden. Seine Seminargruppe, aus vielen Nationalitäten der SU zusammengesetzt, war gleichfalls einige Male bei uns zu Gast. Unser Gästebuch, das wir extra Sadyks wegen angelegt hatten, beweist das authentisch. Am 26. 5. 1965 trugen sich Ludmila aus Aschchabad, Dilaram, Malika, Karimbai aus Taschkent, Erika aus Moskau und am 30. 5. 1965 auch der Agrarwissenschaftler Sascha aus dem Moskauer Gebiet ein. Ihren Namen folgen die von über 100

DSF war uns Herzenssache

kasachischen Freunden, die mindestens einmal an unserem Tisch saßen, ferner die von über 50 Usbeken, Sowjetdeutschen, Tadshiken, Jakuten, Russen, Ukrainer und, und, und. Ab Herbst 1965 wohnte dann Sadyks Kollege Kussain vom Alma-Ataer Institut für Fremdsprachen gleichfalls acht Monate bei uns. Und erzählte genauso viel von seiner Heimat, wie dies schon Sadyk tat. Beide waren musikalisch und so nutzten sie die Mandoline meiner Frau, um heimische Weisen zu spielen und zu singen. Zu Hause spielten sie auf der Dombra, wie wir dann eine als Souvenir während unserer Reisen kauften. Eine der uns von Kussain erzählten Legenden, „Kosy und Bajan“, für die es in der nördlichen Steppe Kasachstans sogar ein Denkmal gibt, übersetzte meine Frau Georga in deutsche Verse. Im Jahre 2006 wurde mir ein Leseheft für die 8. Klassen der kasachischen Schulen überbracht, in dem eben diese deutsche Legenden-Version meiner Frau abgedruckt ist. So dass ihr ein wunderschönes Denkmal im ferneren Kasachstan gesetzt worden ist. Was mich betrifft, so besitze ich noch einige Exemplare der Zeitschrift *Freundschaft* aus Alma-Ata (heute Almaty). In ihr habe ich mich an der Diskussion zum muttersprachlichen Unterricht in Deutsch

für alle Sowjetdeutschen beteiligt. Deshalb hatte ich mich in den 80er Jahren auch an den Präsidenten der DSF Erich Mückenberger und den Präsidenten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften Gerhard Neuner gewandt, um ihnen Vorschläge für die Verbesserung der Unterrichtsmöglichkeiten dort zu unterbreiten. So schlug ich vor, Lehrerstudenten hier an den Pädagogischen Hochschulen auszubilden, Lehrmaterialien für den Deutschunterricht nach Kasachstan zu schicken, usw. Es gab freundliche und zustimmende Antworten. Nur meine vorgeschlagene Volksbildungsebene von Leipzig-Mitte war entsetzt, „...wie ich mich denn in internationale Angelegenheiten einmischen könnte...“ Na, das war mir egal, es ging um die gute Sache.

Die Freundschaft zu Sadyk und Kussain und den anderen Freunden besteht noch heute. Es gäbe davon sicher noch viel zu erzählen. Z.B. dass wir am 18. August 1973 bei ihnen zu Hause im Freundeskreis eine Art privater Freundschaftsgesellschaft gründeten: *Tamaschaschaft am Samowar*, zu der etwa 30 Freunde gehörten (*tamascha* = kasachisch für wunderbar, wundervoll..., *-schaft* = deutsche Nachsilbe für etwas Gruppenhaftes). 1983, bei unserem zwei-

ten Besuch, wurde der Freundeskreis auch sozusagen „offiziell“ im dortigen „Haus der Freundschaft“ bestätigt. Eine Sache möchte ich noch erwähnen: In unserem Gästebuch gibt es eine Seite mit etwa 11 Eintragungen von Soldaten aus dem „Roten Stern“ (dem sowjetischen Betrieb für Panzer-Reparaturen). Wir hatten sie kurzerhand nach ihrem Besuchsprogramm in der 58. Oberschule am 23. Februar 1966 auf ein Bier zu uns eingeladen. Ihr Natschalnik besuchte uns dann noch einmal mit Frau und Sohn. Ich glaube wirklich, der Slogan von der „DSF als Herzenssache“ war vieltausendfach kein bloßer Agitationspruch, sondern erlebte Beziehung. Überall in die vielen Völker der einstigen Sowjetunion hinein, also bei weitem nicht nur nach Russland oder in die Ukraine nach Kiew, das ja Partnerstadt von Leipzig bis heute ist. Gewiss muss man unterscheiden zwischen der wegen des Zweiten Weltkrieges anwesenden und damit präsenten Militärmacht und den schönen persönlichen deutsch-sowjetischen Freundschaften, Begegnungen oder auch Briefwechseln. Ich kenne viele Menschen mit solchen Beziehungen. Und so freut es mich, dass es Sammler wie Anton Groß gibt – denn Samoware waren und sind halt Symbole für Russland, und waren es für uns auch für die ganze große Sowjetunion und ihre mehr als 100 Völkerschaften. Und kaum jemand, der dort weilte, hat zuerst die sicher nicht geringen Mängel gesehen, sondern zuerst und vor allem die herzliche Gastfreundschaft aller dortigen Völker erlebt und verinnerlicht.

• SIEGFRIED HAUSTEIN

Gunter Preuß, die Grafikerin Christiane Knorr und der Leipziger Plöttner Verlag machen es möglich

Traumhaft schöne Kinderbücher

Da lesen sich Omas und Opas fest. Mütter und Väter natürlich auch. Garantiert. Mir jedenfalls ging es so. Ich wollte bloß blättern, mich an den wunderschönen Illustrationen der Leipziger Grafikerin Christiane Knorr erfreuen. Dass Gunter Preuß (unter anderem ausgezeichnet mit dem Kunstpreis der Stadt Leipzig, mit dem Alex-Wedding-Preis der Akademie der Künste und dem Brüder Grimm Preis) für Kinder und

Jugendliche wie kaum ein anderer schreiben kann, das wusste ich ja schon. Aber nun hat er mich wieder erwischt und gefesselt mit seiner kleinen Hexe Toscanella und deren dritten Abenteuer. Es gehört wahrlich ein großer Päckchen Liebe zu Kindern, kindlicher Humor, Einfühlungsvermögen und vor allem Klugkeit dazu, so unverkrampft heutige mit verliebten Schweinen, kleinen raffinierten, ein bisschen eifersüchtigen Hexchen und dem Teufel und seiner Großmutter umzugehen, wie es Preuß wieder einmal getan hat. Dabei ist die märchenhaft phantastische (und pädagogisch weise) Geschichte im Grunde gar nicht märchenhaft, sie hat – nicht nur wegen des himmlischen Vokabulars – sehr gegenwärtige Züge: Die kleine Hexe will unbedingt einen Zauberspiegel, um ihre Neugier zu be-

friedigen, was andere im Lande so treiben. Den aber besitzt der Teufel, und der will dafür Toscanellas geliebtes Schwein Schlacht-mich-nicht. Das aber hat sich in die schottische Sau Holiday Inn verliebt – und so nimmt alles seinen gemeinen Lauf, bis ... ja. Selber lesen! Wovon ich felsenfest überzeugt bin: Wer mit solchen Büchern ans Lesen herangeführt wird, der wird zur Leseratte. Zur Kostprobe nur das kleine Gedicht, das Schlacht-mich-nicht Toscanella für seine Angebetete diktiert:
Geliebte Sau!
Ich heiße Schlacht-mich-nicht, bin ohneFrau.
Ich hoffe, Sie sind ohne Mann,
dass ich Sie höflichst fragen kann:
Wollen Sie beim Mondenschein
kommen zu einem Stelldichein?
Wenn ich Briefmarken zeigen soll,
fände ich das ganz wundervoll.
Wir können reden oder schweigen,
wenn im Wald die Grillen geigen.
Und Sie, und ich natürlich auch,
haben Schmetterlinge im Bauch.
Ich bin der Ihre sowieso,
Ihr JA macht mich von Herzen froh!

Ein traumhaft schönes Kinderbuch. Und weil es so schön war, schoben Preuß und Knorr gleich noch etwas zum Träumen hinterher, nämlich Gute-Nacht-Verse, detailgetreu illustriert, sozusagen als Bildgeschichten zum Gedicht. Das Ganze so fröhlich, so unaufdringlich lehrreich – naja siehe oben.

Dem Leipziger Plöttner Verlag ist erstens zu gratulieren zu diesem Kinderbuchgespann und zweitens zu bestätigen, dass wenigstens verlegerischer Anspruch in der einstigen Buchstadt Leipzig noch nicht den Bach heruntergegangen ist. Nun noch ein Trost-, pardon Traumgedicht:



Gunter Preuß: *Träum was Schönes. Verse zur Nacht.* Illustr. v. Christiane Knorr. Plöttner Verlag Leipzig, 2007. 44 S., 12,90 Euro

Die Schnarcher

Es schnarcht der Bär, es schnarcht die Maus
gut gehn des Tages Stunden aus.
Rrrschchchch ...
Es schnarcht der Wal, es schnarcht der Pinguin,
durch den Himmel Wolkenschiffe ziehn.
Rrrschchchchch ...
Es schnarcht der Floh, es schnarcht die Echse,
in ihrem Hexenhäuschen schnarcht die Hexe.
Rrrschchchchch ...
Es schnarcht nun auch das wilde Kind,
weil alle Schnarcher glücklich sind.
Rrrschchchchch ...

• MX



Gunter Preuß: *Kleine Hexe Toscanella verkauft dem Teufel ihr Schwein* (Band 3). Illustr. v. Christiane Knorr. Plöttner Verlag Leipzig, 2007. 70 S., 12,90 Euro



Ein erfülltes Künstlerleben

Herbert Blomstedt zum 80.

Sieben Jahre nehmen sich in der ins 265. Jahr gehenden Geschichte des Gewandhausorchesters wie ein Intermezzo aus. Doch bei einem Künstler vom Rang Blomstedts bilden sie auch für das Orchester einen gewichtigen Abschnitt. Als Kurt Masur 1996 nach 26-jährigem, von vielen Erfolgen gekröntem Wirken als Gewandhauskapellmeister diese Position aufgab, konnte der gleichaltrige Schwede, der am 11. Juli (eine Woche vor Kurt Masur) seinen 80. Geburtstag feierte, gewonnen werden.

Es erfolgte ein bruchloser Übergang. Masur dirigierte noch die bis 1998 von ihm geplanten Konzerte und Blomstedt, zu dieser Zeit Chefdirigent des *NDR-Sinfonieorchesters*, übernahm eine ganze Anzahl von Abenden, bevor er mit Beginn der Spielzeit 1998/99 offiziell das Pult übernahm. Bei allen individuellen Unterschieden in der musikalischen Gestaltung führte Blomstedt auf seine Weise die von Masur geprägte Tradition weiter.

Die großen Sinfoniker des 19. Jahrhunderts, Beethoven, Schubert, Bruckner, Brahms, Tschairowski, Dvorák bildeten erneut den Kern des Repertoires.

Durch Nutzung von Eigenheiten der historischen Aufführungspraxis gab es da manche neuen klangliche, deklamatorische und strukturelle Akzente. Werken Haydns und Mozarts ließ Blomstedt besondere Sorgfalt angedeihen.

Von den Meistern der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts erhielten neben Gustav Mahler und Richard Strauss der Däne Carl Nielsen und der Finne Jean Sibelius ihren verdienten Platz. Die Aufführung aller sechs Sinfonien von Nielsen erwies sich als eine großartige Entdeckung. Ebenso starke Eindrücke weckten selten gespielte Sinfonien wie die vierte bis siebente von Sibelius.

Mit Bedacht wählte Blomstedt gewichtige Werke aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts aus, Werke von Paul Hindemith, die aufrüttelnde Gesangsszene von Karl Amadeus Hartmann, Dmitri Schostakowitschs tragische „Achte“, die nach Motiven aus Anna Seghers Roman „Das siebte Kreuz“ gestaltete tief bewegende „Neunte“ von Hans Werner Henze für Chor und Orchester –

beschwörende Rufe für Menschlichkeit, Frieden und Erhaltung der Natur. Wie Kurt Masur will auch Herbert Blomstedt seine Zuhörer bereichern, ihnen Botschaften vermitteln. Mit CD-Aufnahmen wurde Wesentliches dauerhaft festgehalten.

Im Leben und Schaffen Herbert Blomstedts bilden die sieben Leipziger Jahre die Krönung. Als Ehrendirigent war er auch nach seinem Abgang in jeder Saison zu erleben. Beharrlich mit stets gleichem unbedingten Einsatz wirkte der Künstler zunächst im skandinavischen Raum, 1956/62 als Leiter des *Sinfonieorchesters Norrköping*, 1962/69 als Chef der *Osloer Philharmoniker*, 1968/78 in gleicher Position beim *Symphonie-Orchester des Dänischen Rundfunks*. 1975/85 leitete er die *Dresdener Staatskapelle*. Gleichzeitig war er 1. Kapellmeister des *Symphonie-Orchesters des schwedischen Rundfunks*. Danach führte er das *Symphonie-Orchester von San Francisco* unter die führenden amerikanischen Orchester. Was bleibt? Ein erfülltes Künstlerleben eines heimatverbundenen Weltbürgers.

• WERNER WOLF

Spielzeit-Ausklang

Für das MDR-Sinfonieorchester und den Funkchor endete diesmal nicht nur eine Konzertspielzeit, sondern zugleich das elfjährige Wirken Fabio Luisis. Als Abschiedsgeschenk wählte der italienische Dirigent zur Eröffnung des MDR-Musiksommers 2007 aus gutem Grund ein abendfüllendes Werk für Chor und Orchester aus: Giuseppe Verdis einzigartiges Requiem. Vor einer Benefiz-Aufführung im Gewandhaus erklang es in der Dresdener Frauenkirche. So konnten die Dresdener ihren künftigen Chef der Sächsischen Staatsoper und Staatskapelle mit seinen bisherigen Leipziger Klangkörpern feiern.

In der hier besprochenen Fernsehübertragung von 3-Sat aus

der Frauenkirche kam zum bewegenden Klangerlebnis die Verbindung mit dem architektonischen Meisterwerk. Die von Verdi über den liturgischen Text hinausgehenden Wiederholungen des „Dies irae“-Abschnittes erhielten in diesem Raum architektonische Bedeutung. Mit dem Chor formte Luisi den Klang vom zartesten Pianissimo des Beginns bis zu den heftigsten Fortissimo-Steigerungen im „Dies irae“ in feinsinnig nuanciert aus. Ebenso führte er das Orchester zu feinen Schattierungen, wenn es derzeit auch nicht durchweg so homogen klingt wie der von Howard Arman vorbereitete Chor. Bei den aus mehrerer Herren Länder kommenden Solisten wurde abermals deutlich, dass sie im Zusammenwirken nicht die Übereinstimmung fanden, wie einstmal Sängern um Theo Adam.

• W. W.

Zwei interessante und äußerst widersprüchliche Filme sind seit einigen Tagen im DVD-Format zu erhalten. Beide werden übrigens kaum ein Chance haben, jemals im Fernsehprogramm zu erscheinen, so dass nur diese Bildschirmersicht möglich sein wird.

Seinen ersten Film, der Titel war „Radio für alle“ drehte der Regisseur Sergej Jutkewitsch 1924. Es war eine Parodie über das Leben verwahter Moskauer Kinder. Heute ist sie vergessen. 30 Jahre später kam von Jutkewitsch „Othello“ mit Sergej Bondartschuk in der Titelrolle auch in die Leipziger Kinos. Und es gab die erste sowjetisch-albanische Ko-Produktion: „Skanderbeg – Ritter der Berge“. Jetzt wird dieser damals – besonders unter Jugendlichen – sehr populäre Farbfilm restauriert und auf die runden glänzenden Scheiben gepresst. Diese Wiederaufführung lohnt sich auf jeden Fall, denn es ist höchst interessant, die Konflikte zwischen Albanien und der Türkei aus damaliger Sicht dargestellt zu sehen. Die Handlung führt zwar ins 15. Jahrhundert, aber die Kommentare sind mit ideologischen Betrachtungen

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Raritäten

Von MICHAEL ZOCK

der frühen 50er Jahre überfrachtet. Man wird diese Sichten heute nicht mehr teilen, aber es bleibt ein sehr interessantes Kapitel Filmgeschichte, das zu Diskussionen und zur Beschäftigung mit weltgeschichtlichen Themen reizt und anregt.

Das gilt auch für die zweite DVD-Wiederaufführung „Die Brücke“. Bitte jetzt nicht verwechseln mit dem berühmten Film Bernhard Wickis. Diese „Brücke“ entstand bei der DEFA unter der Regie von Artur Pohl und kam 1949 in die Filmtheater und Landkinos. Thematisiert wird das Leben mit Umsiedlern in einem Dorf. Feindselig erscheint die morsche Brücke, über die Bewohner ehemali-

ger deutscher Ostgebiete in ihre künftige neue Heimat gelangen. Viele Bewohner verschließen vor den Fremden Tür und Tor. Auch bei diesem Film – viele Jahrzehnte nicht zugänglich – ist besonders reizvoll, wie die schwierige Thematik so zeitnah künstlerisch umgesetzt wurde. In den Hauptrollen: Fritz Wagner, Arno Paulsen. Steffi Spira und Ilse Steppat.

Die Filmmusik stammt übrigens von Wolfgang Zeller, einem umstrittenen UFA-Komponisten, der aber damals bei der DEFA beschäftigt wurde. Unangenehm berührt bei dem DVD-Cover die heutige Schlagzeile: „Flucht und Vertreibung“. Da werden leider gängige Fernsehklischees gedankenlos übernommen, obwohl dieser Film 1948/49 unter ganz anderen Sichten gedreht wurde.

Übrigens: Regisseur Slatan Dudow warnte damals die DEFA-Direktion vor Drehbeginn, „dass dieser Film nur Ressentiments aufwühlen würde, die Schaden stiften könnten.“

Das Fazit: Schon immer waren Kunst und Kultur diskussionswürdig und streitbar.

Im Sommertheater: Shakespeare und sein Rivale

Mit einem selten zu sehenden Leckerbissen wartet das Schauspiel Leipzig zur Sommerzeit am Gohliser Schlösschen auf: die Sittenkomödie „Volpone“ von Benjamin (Ben) Jonson (1573 - 1637). Shakespeares Rivale, hat 1605/06 die Urfassung des Erotikdramas entwickelt. Für schnöden Mammon verleiht jemand seine Ehefrau. Auch Hollywood hat sich mal 1993 daran abgearbeitet („Ein unmoralisches Angebot“). Volpone ist seiner Geldgier erlegen, Tugenden und menschliche Bindungen haben für ihn kaum Wert. Er will seine Erbschleicher hinters Licht führen. Das Zerstörerische des Geldes wird deftig von Regisseur Marc Lughuif in Szene gesetzt. Man schaut, nicht wie gewohnt auf das Barockschloss in Gohlis, sondern auf das große Tor und die Straße. Die Öffnung des Raumes zur Straße hin, lässt die Vorbeischlendernden zu unfreiwilligen Statisten werden. Die Botschaft kommt an, keiner von uns ist frei von Heuchelei und Gier. Thomas Dehler als Playboy Volpone, mit Sonnenbrille, Zigarre und britischer Edelkarosse überzeugt durch seine Agilität und Spielfreude. Sein Drahtzieher und Diener Mosca wird von einem zu Höchstform aufgelaufenen Alexander Gannitzer gespielt, der auch Stuntman-Qualitäten beweist. Armin Dillenberger als klägliche Gestalt des Ehefrauenverleihers Corvino: untertänig leise und kalt berechnend. Anne Hoffmann als Celia: unschuldig reizend.



Die Frau für eine Nacht weggeben? Corvino muss nicht lange überlegen, denn das Geld lockt (Anne Hoffmann, Armin Dillenberger).

Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

Das Theater Fact hat die um 1595 entstandene „Verlorene Liebesmüh“ von William Shakespeare für's Sommertheater ausgewählt. Der König von Navarra möchte sein Reich in einen Musentempel verwandeln. Da lenken weibliche Reize, in Gestalt der französischen Gesandtschaft nur ab. Also bindet der König sich und seine Freunde an einen Eid: drei Jahre keine Frauengeschichten. Shakespeare wäre nicht Shakespeare, wenn es nicht heimliche Briefe und noch heimlichere Liebelein gäbe. Regisseurin Ev Schreiber lässt die Damen tanzen und die Männer alle guten Vorsätze vergessen. Pastellen und süßschmelzend entsteht durchgeistigte Welt, die von irdischen Genüssen erschüttert wird.

• D. M.

Kartentelefon:

Schauspiel Leipzig
Theater Fact

(0341) 1268 168
(0341) 961 40 80

Lügen haben bekanntlich kurze Beine. Ausnahmen bestätigen die Regel. Der Autor des zu rezensierenden Buches hat zehn der schlimmsten Fundamentallügen über die angeschlossene DDR kurz, knapp, jedoch überzeugend widerlegt.

Alle Spitzenleute der deutschen Parteien von schwarz bis rosa-rot bedienen sich der Lüge über die DDR, um ihre eigenen politischen Unfähigkeiten zu kaschieren.

Auch 17 Jahre nach der deutschen „Wiedervereinigung“ nehmen die Kampagnen zur Diffamierung der DDR kein Ende. Im Gegenteil, sie werden immer massiver, hasserfüllter und organisierter. Jede Lüge über die DDR, und sei sie auch noch so hanebüchlich, wird in den Medien millionenfach verbreitet. Hartmann erinnert u. a. an Klaus Kinkel, der als BRD-Justizminister die Delegitimierung der DDR forderte und damit sozusagen den Startschuss für alle Verleumdungen gab, er erinnert an Pfarrer Eppelmann, der meinte, mit seiner Bundestags-Kommission die Aufarbeitung der Geschichte der DDR zu

Muster des großen Schwindels

institutionalisieren, an den überbezahlten Museumsdirektor Knabe, der nicht müde wird, die Geschichte der DDR zu kriminalisieren und zu verfälschen.

Ein Diskussionsredner wies bei der Präsentation des Buches eindrucksvoll darauf hin, dass die Bürger noch einen langen Atem brauchen, ehe die westdeutsche Bevölkerung den Lügen politischer Hasardeure nicht mehr aufsitzt. Schon aus dieser Sicht ist es notwendig, dass Ralph Hartmann sich der Mühe unterzog, wenigstens zehn der volksverhetzenden Lügen über die DDR zu entlarven. Die Lügenkrankheit von den „zwei Diktaturen in Deutschland“ steht an der Spitze

seiner Kommentare. Es folgt die Lüge „Stasifolter und Stasiterror“. Danach die besonders schmutzige „vom verordneten Antifaschismus“. Hartmann widerlegt die „Alleinschuld der DDR an der Mauer“ und die Lüge von der „Erziehungsdiktatur“.

In seinem Nachwort weist kein Geringerer als Gerhard Zwerenz auf die drei wesentlichen deutschen Konfliktlagen hin: Krieg und Frieden, Reichtum und Armut, Ost und West bzw. West und Ost. Dabei belebt Zwerenz seine Kritik an der bürgerlichen Sklavensprache des *Spiegels*. Er schätzt Hartmanns Selbstkritik und seine Betrachtungsweise des Untergangs der DDR.

Ein schmales Heftchen, aber von großem politischem Gewicht. Lesbar und überzeugend. Geeignet zum Versand an Freunde und Bekannte in der alten BRD.

• **FRANZ-KARL HITZE**

Ralph Hartmann: *Die DDR unterm Lügenberg. Mit einem Nachwort von Gerhard Zwerenz. Verlag Ossietzky GmbH Hannover, 2007. 116 Seiten, 10 Euro.*

Für die vertiefte Ausarbeitung und Neubefragung der Geschichte der Arbeiterbewegung sind die einschlägigen Archive und Bibliotheken von größter Bedeutung. Sie während und nach der „Wende“ zu bewahren, was bei weitem nicht überall und nicht in jeder Hinsicht gelang, war außerordentlich verdienstvoll. Das trifft ohne Zweifel auf die Tätigkeit des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu, der im Mai 2006 mit einer Festsitzung auf sein 15jähriges Bestehen zurückblickte und die zugleich dem 80. Geburtstag des Gründungsvorsitzenden Henryk Skrzypczak gewidmet war. Nunmehr liegt ein Sonderheft der Mitteilungen des Förderkreises vor, das die Festreden, die Grußschreiben und Würdigungen sowie einen aufschlussreichen Dokumentenanhang aus der Frühzeit des Förderkreises enthält. Ihre Abrundung findet die Festschrift durch einen Lebensabriss H. Skrzypczaks und eine Übersicht (Auswahl) seiner Schriften. Bekannt wurde Skrzypczak, von

Verein rettete sozusagen ein Stück Arbeiterbewegung

Haus aus Mediävist, vor allem als Herausgeber der „Internationalen Wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (IWK) und als Sekretär bzw. Generalsekretär der Historischen Kommission der 1958 gebildeten Historischen Kommission der SPD Berlin (West). Der Forschung und Lehre zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR und der Geschichtspropaganda der SED stand er kritisch gegenüber, wovon seine Mitautorenschaft an einer Gegenschrift zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ zeugt.

Wie der jetzige Vorsitzende des Förderkreises Günter Benser im Rückblick feststellt, waren das Zentrale Parteiarchiv und eine der bedeutendsten sozialwissenschaftlichen Bibliotheken im deutschsprachigen Raum zahlreichen – zumeist unseriösen – Begehrlichkeiten ausgesetzt. Schutz

und Handlungsbedarf waren daher zwingend vonnöten, dem die Bildung eines Förderkreises im März 1991 diente. Dessen Vorsitz übernahm Skrzypczak. Als vordringlicher Vereinszweck wurde in der Satzung hervorgehoben, die „gemeinsam zwischen Vertretern der PDS und der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. beabsichtigte Gründung eines parteipolitisch neutralen, wissenschaftlichen Trägervereins, in der das Archiv und die Bibliothek des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) eingebracht werden, fördernd zu begleiten“, mit dem Ziel, die Geschlossenheit der Bestände mit Standort Berlin zu sichern. Der Weg war nicht leicht, da die Auseinandersetzungen um Archiv und Bibliothek an Schärfe zunahm und politischen Charakter erhielten, denn sie wurden, so Benser, „in manchen Kreisen als Teil einer Generalabrechnung mit der untergegangenen DDR



betrieben“. Näheres ist dazu im vorliegenden Heft nachzulesen.

• **KURT SCHNEIDER**

Günter Benser (Hrsg.): *Älter werden ist nicht alt genug. Texte, Dokumente und Bilder von der Festsitzung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung anlässlich des 15. Jahrestages der Vereinsgründung und des 80. Geburtstages des Gründungsvorsitzenden Henryk Skrzypczak. edition bodoni, Berlin 2007. 119 Seiten*

Auf der letzten Textseite steht, worauf es nicht zuletzt ankommt: „Mit der Zeit beginnt die bolivianische Öffentlichkeit die indigenen Bräuche wahrzunehmen.“ Anders gesagt, Evo Morales, der einstige Kokabauer und Gewerkschaftsführer, steht dafür, dass die Ureinwohner des Landes ihre Jahrhunderte mit Füßen getretenen Rechte und ihre Würde zurückbekommen. Es mag einen Mitteleuropäer okkultisch anmuten, dass dieser Mann auf dem Hügel Kuchi Kuchi meditiert und mit den Göttern spricht, um Kräfte zu sammeln für die harte Regierungsarbeit. Aber ist das nicht auch ein Weg, der Welt zu zeigen, dass Millionen Indigenas mit der Wahl eines der ihnen ihre Lebensumstände verbessern und sich in der modernen Welt integrieren wollen, ohne die eigenen

Indigene Politik für die Würde Boliviens

Wurzeln und ihre Eigenarten zu verleugnen?

Ich las eher ein Buch über Bolivien und seine Urbevölkerung als eine Biografie des Präsidenten (dafür muss der wohl erst einige Jahre in dieser Funktion wirken). Aber es verdeutlicht – auch wenn manche Kürzung leserfreundlich gewesen wäre – das Woher und Wohin eines Mannes, der 2006 aus dem Stand heraus 54 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte.

So wichtig die breit geschilderte Bewegung der Kokabauern, der „Cocaleros“ – der politischen Schule von Morales – auch ist, spannender scheinen mir die letzten Seiten. Da geht es, leider nur in Stichworten, um viele

kleine Schritte zu einem besseren Leben für die Armen, beispielsweise das mit kubanischer Hilfe aufgelegte Alphabetisierungsprogramm oder um das Bestreben, dem Missbrauch der Jahrtausende alten Kokapflanze als Droge zu begegnen. Und natürlich um die ersten Regierungserlasse, wie den über die Rückholung der Rohstoffe des Landes. Morales spricht nicht von Verstaatlichung, die ihm seine Gegner vorwerfen. Es gibt ja auch nichts zu verstaatlichen, denn in der einstigen Bananenrepublik wurde kein Staatseigentum verkauft oder übertragen. Die großen Konzerne nahmen sich einfach, was sie wollten. Nun wird das Ge-



raubte zurückgeholt.

Mehr als manche Langatmigkeit (Sache eines Lektors) hat mich allerdings das zwanghafte Bemühen des Autors genervt, Morales vor der Bezeichnung „Sozialist“ zu schützen. Das gipfelt in dem Satz „Diejenigen,

Wer von uns früher gern mal nach Moskau reiste, liest heute zuweilen staunend, wie sich die Stadt verändert hat, oder hat sich schon selbst davon überzeugt, ohne allerdings allen „Hintergründen“ auf die Spur gekommen zu sein. Klaus Huhn hat sich einstiger Moskauer Erlebnisse erinnert – darunter zahlreicher Begegnungen mit der Armand-Tochter Ina – und bei denen nachgespürt, die die Pfade in die Quartiere der Millionäre kennen. Eigentlich wollte er nur die Ant-

Millionäre in Moskau

wort auf seine Frage suchen, ob er noch Sehnsucht nach diesem Moskau verspürt. Aber dann ereilte ihn Beklemmung, und staunend registrierte er den nur durch einen geheimnisvollen Düsenantrieb erklärbaren Wandel dieser Stadt, die nun über dreihundert Milliardäre zu ihren Bewohnern zählt. Er zitiert ausgiebig eine Kronzeugin, die niemand widerlegen kann, weil sie sich mit ihren Wahrheiten um das Leben schrieb: Anna Politkovskaja. Ihre Beschreibung der russischen Mafia schockt jeden. Das Spotless-Taschenbuch „Moskauer Millionäre“ gibt Auskünfte, die man wohl anderswo kaum erhalten kann. Die zaristische Korruption, die Gogol 1836 in der Komödie „Der Revisor“ anprangerte, wirkt heute wie der Vergleich zwischen einem Taschendieb und einem Rund-um-die-Uhr-Auftragsmörder. Die Moskauer Millionäre schrieben ein Kapitel russischer Geschichte, zwar kein sonderlich erfreuliches – aber man sollte es kennen.

• **JENS GERLACH**

Klaus Huhn: *Millionäre in Moskau. Spotless-Verlag Berlin 2007. 5,10 Euro*

die denken, das die Morales-Regierung sozialistisch ist, haben sich geirrt. Davon gibt es keine Spur. Im sogenannten Manifest von Orinoca kann man lesen. „Es ist eine linke, indigene und nationale Volksbewegung, eine Bewegung des Gewissens und nicht des Absahmens“. Was sich ja wohl auf die korrupten einheimischen Politiker und nicht auf die sozialistische Idee bezieht. Was hat der Schreiber da bloß für eine Vorstellung vom Sozialismus? Zum Glück für Bolivien kommt es aber nicht auf ihn, sondern auf Morales' Taten an. Denn unter dem Strich ist dessen kluge Politik ja dennoch genau das, was man gemeinhin sozialistisch nennt. Und das ist gut.

• **M. W.**

Germán Muruchi Poma: *Evo Morales. Die Biografie. Militzke Verlag, Leipzig 2007. 224 S., zahlr. Abb., 29,20 Euro*

KALENDERBLATT

Vor 140 Jahren geboren Leo Jogiches

Es ist nicht verfehlt, Leo Jogiches in einem Atemzug mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu nennen.

Am 17. Juli 1867 in Vilnius geboren, begann seine politische Tätigkeit in der russischen Arbeiterbewegung. Er gehörte frühzeitig der ersten marxistischen Gruppe in Vilnius an. 1889 wegen „aktiver Propaganda staatswideriger Ideen unter den Arbeitern“ verhaftet und verurteilt, gelang ihm 1890 die Flucht in die Schweiz, wo er in Zürich entscheidend an der Gründung eines Verlags zur Herausgabe einer Sozialdemokratischen Bibliothek beteiligt war. Hier lernte er 1891 Rosa Luxemburg kennen, durch die er Anschluss an die polnische Arbeiterbewegung fand. 1894 zählte er zu den Begründern der Sozialdemokratie des Königreichs Polen.

1900 folgte er Rosa Luxemburg, seiner Lebensgefährtin, nach Berlin. Nach Ausbruch der russischen Revolution 1905 nahmen sie in Warschau am Kampf der polnischen Arbeiter gegen den Zarismus teil. Beide wurden jedoch am 6. März 1906 verhaftet. Während Luxemburg entkommen konnte, wurde Jogiches, der unter dem Pseudonym Tyszka illegal tätig war, zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im April 1907 gelang ihm die Flucht und die Rückkehr nach Deutschland. Von Berlin aus leitete er die nunmehr Sozialdemokratische Partei des Königreichs Polen und Litauen benannte Partei und ihre illegalen Zeitungen. In dieser Zeit verschärfte sich seine Auseinandersetzung mit Lenin, dessen zentralistische Auffassungen sowie Ansichten zur nationalen Frage er ablehnte.

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges zählte Jogiches sofort zu den linken Kriegsgegnern. Er war nach der Inhaftierung Luxemburgs und Liebknechts der Führer der Gruppe Internationale bzw. der Spartakusgruppe. In seinen Händen lag die redaktionelle und technische Leitung (Druck und Vertrieb) der Spartakusbriefe. 1917 trat er für den Beitritt der Spartakusgruppe – bei Wahrung ihrer Selbstständigkeit – zur USPD ein und lehnte das Bestreben der Bremer Linken, eine eigene Partei zu bilden, ab. Im März 1918 wegen der Führung des Munitionsarbeiterstreiks verhaftet, saß Jogiches bis zur Novemberrevolution im Gefängnis. Kaum wieder in Freiheit, wurde er zum Mitbegründer des Spartakusbundes. Er leitete seinen organisatorischen Aufbau und hatte maßgeblichen Anteil an der Ausarbeitung ihrer Programmatik. Auf seine Initiative hin wurde am 15. November 1918 der Rote Soldatenbund gebildet. Mit weiteren Organisationsvorstellungen scheiterte jedoch Jogiches auf der Konferenz des Spartakusbundes am 29. Dezember 1918. Gegen drei Stimmen, darunter seine, wurde die sofortige Bildung einer eigenen Partei beschlossen. Auch bei der Namensgebung konnte er sich nicht durchsetzen. Gemeinsam mit Rosa Luxemburg hatte er vorgeschlagen, sie Sozialistische Arbeiterpartei zu nennen, um damit stärker die Verbindung zu den Massen wie auch die Abgrenzung zu Lenin zu dokumentieren. Die Mehrheit entschied sich für Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), deren Gründungsparteitag Jogiches in die Zentrale wählte.

Nach der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht am 15. Januar 1919 trat er sofort an die Spitze der Partei. Während der Januarankämpfe 1919 erneut verhaftet, gelang ihm wiederum die Flucht. Doch bereits am 10. März fiel er erneut in die Hände der Noske-Soldateska. Am selben Tag wurde Leo Jogiches in einer Zelle im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit ermordet. Damit hatte die junge KPD einen weiteren unersetzlichen Verlust erlitten.

• KURT SCHNEIDER

Vom Frühjahr 1932 an näherten sich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ihrem Tiefpunkt. Faktisch gab es fast acht Millionen Arbeitslose in Deutschland. In einem Brief an den antifaschistischen Einheitskongress in Berlin, veröffentlicht am 12. Juli 1932, schrieb Clara Zetkin u. a.: „Der nackte Hunger ist das Schicksal der Arbeitslosen, der Erwerbslosen für die die jämmerliche Armenversorgung in ein Nichts des sozialen Beistands verwandelt wird, den das Proletariat in opferreichen Kämpfen errungen hat und dessen Kosten die ausgeplünderten Werk tätigen allein bestreiten. Härteste Entbehrungen und vorzeitige Vernichtung der Gesundheit, des Lebens durch übermäßige Auspressung der Arbeitskraft mittels der kapitalistischen Rationalisierung ist das Los der ‚glücklich‘ Beschäftigten. Die blutigste Rechtsverweigerung knebelt den Verteidigungswillen der breitesten Massen. Der nackte Faschismus soll das kämpfende Leben der vom Kapitalismus Ausgesogenen und Niedergetretenen restlos zerstampfen.“

Im Sommer 1932 erreichten die Auseinandersetzungen und die Zusammenstöße auf den Straßen zwischen Nazis und linken Kräften ihr größtes Ausmaß und ihre größte Härte, insbesondere durch den von Reichspräsident von Hindenburg am 30. Mai 1932 erzwungenen Rücktritt des bürgerlichen Reichskanzlers Heinrich Brüning. Letzterem wurden gewerkschaftlicher Einfluss und „Agrar bolschewismus“ unterstellt. Der nachfolgende Reichskanzler Franz von Papen setzte per Notverordnung die ohnehin schon bescheidenen Leistungen für Arbeitslose, Kriegs- und Arbeitsinvaliden, Witwen und Waisen noch weiter herab. Ab 14. Juni 1932 wurde Arbeitslosenunterstützung nicht mehr 26 Wochen gezahlt, sondern nur noch sechs Wochen. Die Unterstützungssätze wurden um 23 Prozent gesenkt.

Im größten Land der Weimarer Republik, in Preußen, bestand zu dieser Zeit noch eine sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung. Für die Harzburger Front – NSDAP, Deutschnationale Volkspartei, Stahlhelm u. a., die die Weimarer Repu-

Papens Staatsstreich 1932

Götterdämmerung der Weimarer Republik



Ausschnitt aus der Karikatur des englischen „Punch“ von 1933 „Das zeitweilige Dreigestirn“ – Hindenburg, Papen und Hitler

blik zu beseitigen und eine Diktatur des Finanzkapitals zu errichten trachtete – war dies ein Dorn im Auge. Zudem konstituierten sich angesichts dieser existenziellen Gefahren für den Fortbestand der Weimarer Republik vielerorts antifaschistische Einheitskomitees.

Die NSDAP forderte immer lärmender von der Papen-Regierung die Absetzung der preußischen Regierung und die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Nachdem die Papen-Regierung ausgelotet hatte, dass seitens der SPD-Führung und der SPD-geführten Regierung Braun kein massiver Widerstand zu befürchten war, schlug man am 20. Juli 1932 zu. Über Berlin und die Provinz Brandenburg wurde der Ausnahmezustand verhängt und die vollziehende Gewalt dem Militärbefehlshaber, Generalleutnant von Rundstedt, übertragen. Ministerpräsident Braun, Innenminister Severing und der Berliner Polizeipräsident Grzesinski (alle SPD) wurden

abgesetzt, ebenso die übrigen preußischen Minister, die dem Zentrum und der Deutschen Staatspartei angehörten, eine große Anzahl preußischer Staatssekretäre, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte, die der SPD, dem Zentrum und der Deutschen Staatspartei angehörten. Durch diesen Staatsstreich erfüllte Papen eine Forderung der Harzburger Front und führte auf diese Weise den bis dahin schwersten Schlag gegen das parlamentarisch-demokratische System.

Den Aktivitäten der KPD sowie großer Teile sozialdemokratischer Mitglieder und Gewerkschafter entgegengesetzt, erschöpfte sich die „Gegenwehr“ der SPD-Führung und Funktionsträger der Weimarer Koalition auf die Feststellung, die Papen-Verordnung sei verfassungswidrig. Trotz der Kampfbereitschaft großer Teile der Werk tätigen gegen Papens Staatsstreich hatte sich die SPD-Spitze bereits am 16. Juli 1932 auf die Position begeben, auf Massenaktionen zu verzichten, bei allem was kommen möge, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verlassen. Man zog ergebnislos vor den Staatsgerichtshof, der selbst den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen Papens Willkürakt verweigerte.

Mit der Berufung auf die Verfassung leiteten die führenden Funktionäre der SPD und bürgerlich-demokratischen Parteien sozusagen die Götterdämmerung der Weimarer Republik ein und zeichneten in hohem Maße verantwortlich dafür, dass nach lediglich einer Zwischenstufe – nämlich der Regierung unter Reichskanzler General von Schleicher – auf dem Boden der Weimarer Verfassung der Weg zur Hitlerdiktatur freigemacht wurde, dem finsternen Abschnitt deutscher Geschichte.

• WINFRIED STEFFEN

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (50)

Als wenige Tage vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch 52 Nazi-gegner auf dem Lindenthaler Exerzierplatz durch die SS ermordet wurden, gehörte zu ihnen auch der Leipziger Kommunist Alfred Kästner.

Er wurde am 12. Dezember 1882 als Sohn eines Gastwirthepeaares in Leipzig geboren und erlernte hier den Beruf eines Buchhalters. Bereits vor dem 1. Weltkrieg machte er sich als Holzhändler selbständig. Den Krieg durchlitt er von Anfang bis zum bitteren Ende und wurde so zum überzeugten Kriegsgegner. Er schloss sich der Spartakusgruppe an und gehörte am 4. Januar 1919 zu den Mitbegründern der KPD in Leipzig. Als Selbständiger unterstützte er während der Weimarer Republik seine Partei mit kaufmännischem Rat, finanzieller Hilfe und stellte seine Geschäftsräume für die Parteiarbeit zur Verfügung.

1933 wurde sein Geschäft zum illegalen Treffpunkt sächsischer Widerstandsgruppen. Hier, auf dem Gelände des Magdeburg-Thüringer Freiladebahnhofes wurden u. a. während des Reichstags-

brandprozesses der illegale Pressedienst der KPD gedruckt und vertrieben. Am 29. September 1933 wurde bis auf den jüngsten Sohn die ganze Familie Kästner verhaftet.

Während die Familienangehörigen nach einigen Wochen wieder frei kamen, verurteilte das Oberlandesgericht Dresden Alfred Kästner nach 20 Monaten Untersuchungshaft und vielen Misshandlungen

Alfred-Kästner-Straße

gen 1935 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren und acht Monaten Gefängnis. Nach Ablauf dieser Haft verschleppten ihn die Nazis in das KZ Sachsenburg bei Frankenberg und von dort ins KZ Buchenwald. Hier wurde der intelligente Häftling Kapo in der Gerätekammer.

Am 19. April 1939 aus dem KZ entlassen, erhielt er eine gering bezahlte Tätigkeit in der Klavierfabrik Blüthner, immer streng beobachtet durch die Gestapo. Wegen seiner Fachkenntnisse wurde er von einem der beiden Firmen-

inhaber schon bald als Holzeinkäufer eingesetzt. Durch die nun notwendigen Dienstreisen gelang es ihm, politische Kontakte nach Hamburg, Bayern, Baden und anderen westdeutschen Gebieten aufzunehmen und dem Kreis um Georg Schumann zu vermitteln. Im Sommer 1944 konnte er sich der großen Verhaftungswelle entziehen und danach gemeinsam mit Gerhard Ellrodt und

Helmut Holzauer die Fortsetzung der Arbeit des NKFD Leipzig organisieren. Doch am 1. März 1945 fiel er den Gestapo-Schergen in die Hände, die ihn dann auch am 12. April 1945 auf dem Exerzierplatz in Lindenthal ermordeten.

Am 1. August 1945 wurde die Moltkestraße im Süden der Stadt, in der er gewohnt hatte, nach Alfred Kästner benannt. Lindenthal ehrte den hier Ermordeten mit der Benennung der Schule nach ihm. Sie gehört zu den ganz wenigen Schulen, die nach der Wende an ihrem Namen festgehalten haben. Hier befindet sich noch heute ein kleines Denkmal für den Leipziger Antifaschisten.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Dieser Tage traf sich das Internationale Olympische Komitee in der Hauptstadt Guatemalas und die Zustände in der Stadt erinnerten an Heiligendamm. Da bin ich schon auf der richtigen Fährte: Einer, für den an der Ostseeküste auch der Stacheldrahtzaun in den Strand betoniert worden war, war auch in Guatemala: Wladimir Putin. Als ich hörte, dass er tatsächlich eine Rede vor dem IOC halten würde, schloss ich eine Wette ab – die ich gewann. (Für's Finanzamt: Es ging um einen Euro.) Ja, ich hatte gewettet, dass Sotschi die Olympischen Winterspiele 2014 erhält, wenn Putin nach Guatemala reisen würde. Nicht etwa, weil ich glaubte, das IOC würde sich von seiner Rede überzeugen lassen, sondern, weil ich sicher war, dass er sich nur auf den Weg machen würde, wenn der Abstimmungserfolg gesichert ist. Das treffende Fazit des vom Schauplatz berichtenden Korrespondenten der *Berliner Zeitung*: „Die Entscheidung für Sotschi ist die Kapitulation vor der ungezügelter Macht des Geldes.“ Das trifft zu, ist aber kein Urteil, das nur für die Gegenwart gilt. Die Geschichte der Olympia-Bewerbungen und die damit verbundenen Skandale gäben eine attraktive Fernsehserie her. Ein Jahr lang könnte man das Publikum damit unterhalten. Sie sind skeptisch? Wollen wenigstens ein Beispiel erfahren? Bitte! Ein Jahr vor den Olympischen Winterspielen 1956 tagte das IOC im italienischen Austragungsort Cortina, und eines Morgens sprach bei den Herren ein Amerikaner namens Alexander Cushing vor. Er bat um Auskunf, was er zu unternehmen hätte, um die Olympischen Winterspiele 1960 arrangieren zu dürfen. Einer der Herren drückte ihm die olympischen Regeln in die Hand und alle waren sicher, dass man Mr. Cushing nie wiedersehen würden. Man irrte. Wenige Monate spä-

ter, also im Sommer 1955 tagte das IOC in Paris und Mr. Cushing ließ die Mitglieder wissen, dass er ein Modell der Olympia-Anlagen im fernen Squaw Valley mitgebracht habe. Als er es präsentieren wollte, gab es eine Panne: Das Modell passte nicht durch die Hotel-tür. Cushing fand schnell einen Ausweg – er ließ das IOC in die USA-Botschaft karren und führte es dort vor. Zwei Tage später fand die Abstimmung statt und alle Welt war sicher, dass die Wintersportmetropole Innsbruck haushoher Favorit sei. Innsbruck erhielt denn auch 30 Stimmen, aber Cushing und sein auf keiner Landkarte zu findendes Squaw Valley 32 und die Spiele fanden bekanntlich in Squaw Valley statt. Übrigens ohne Mr. Cushing, der lange vor der Ab-

Sportkolumne

Bei Olympia nichts Neues

stimmung ein riesiges Bergareal in Kalifornien gekauft und es nach der Vergabe der Spiele mit irrem Gewinn weiter verkauft hatte. Wie er den Abstimmungssieg zustandegebracht hatte? Die Summen, die er zahlreichen IOC-Mitgliedern zusteckte, waren „peanuts“ im Vergleich zu seinem Gewinn!

Das ist 52 Jahre her, aber als die Abstimmung in Guatemala vorüber war, riet das bundesdeutsche IOC-Mitglied dem Komitee, künftig dafür zu sorgen, dass Bestechungen verhindert würden. Darüber kann man nur so amüsiert lächeln, wie über die Behauptungen, dass die Radrennfahrer dieses Jahr bei der Tour de France alle nur Buttermilch trinken würden.

Der einzige Bewerber, der in Guatemala seine fertigen Sportstätten präsentieren konnte, war Salzburg. Die

Stadt erhielt im ersten Wahlgang die wenigsten Stimmen und schied aus. Blieben noch Pyeongchang und Sotschi. Beide Orte konnten nur ihre Projekte vorstellen. Kein Fachmann konnte – wie es irgendwann einmal verlangt wurde – die Sprungschanze auf ihre Tauglichkeit prüfen oder kontrollieren, ob die Rennschlittenbahn den internationalen Anforderungen entspricht. Alle konnten nur farbenprächtige Videos sehen und Versprechungen hören. Hinter dem südkoreanischen Ort stand der Elektronikriese Samsung, hinter Sotschi der Erdölriese Gazprom. Beide hatten nicht ihre Aufsichtsratsvorsitzenden nach Guatemala geschickt, sondern ihre Staatsoberhäupter. Putin musste zwar belehrt werden, dass er nicht das Recht habe, IOC-Mitglieder in die Villa einzuladen, die für ihn angemietet und eingerichtet worden war. Er hatte sowieso nur ein paar einladen wollen, vermutlich die, die gegen entsprechendes Honorar noch keine eidesstattliche Erklärung abgegeben hatten, für Sotschi zu stimmen. Aber die Sache wurde dann offensichtlich von seinen Adjutanten geklärt und Putin konnte noch vor der Abstimmung wieder ins Flugzeug steigen. Sotschi (Gazprom) bekam 51 Stimmen, Pyeongchang (Samsung) 47.

Anschließend wurde entsprechend gefeiert: Mit dem größten Lastenflugzeug der Welt, einer Antonow 124, war eine künstliche Eisbahn nach Guatemala geflogen worden. Es blieb noch genug Platz im Laderaum um tausende Wodkaflaschen für die Party anzuliefern. Ob auch einheimische Guatemalteken eingeladen worden waren, erfuhr man nicht. Ein von dem Zirkus offensichtlich schockierter ARD-Korrespondent kommentierte: „In Sotschi sollen zwölf Milliarden Dollar in die Spiele investiert werden. Würde man das auf die bitterarmen Guatemalteken aufteilen, bekäme jeder 2000 Dollar. Soviel Geld ist den diskriminierten Mayas ebenso fremd wie Wintersport – sie haben weniger als zwei Dollar am Tag zur Verfügung.“

Aber in Sotschi blühen die Geschäfte. Als durchsickerte, dass sich der Ort um die Winterspiele bemühen würde, stiegen die Immobilienpreise ins Unermessliche. Zu den neuen Besitzern gehören auch die Gattin des Moskauer Oberbürgermeisters Lushkow, eine Immobilienmilliardärin, ein Verwandter Jelzins und der Gouverneur der Region, der bereits ein Hotel für zahlungskräftige Gäste errichten ließ.

Mal so gesagt: Gegen die war der Mr. Cushing ein sympathischer Waisenknabe!

Der Traum vom goldenen Westen

In diesen Tagen wurde im Hamburger Stadtteil am historischen Ort das Auswanderermuseum Ballinstadt eröffnet. Für etwa fünf Millionen Auswanderer war zwischen 1850 und 1939 Hamburg sprichwörtlich das Tor zur Welt. Ein Großteil kam aus Osteuropa, hoffte auf ein besseres Leben in Amerika, verbunden mit Arbeit, Freiheit und Schutz vor Verfolgung. Für die Hansestadt waren die Auswandererströme ein lukrativer Wirtschaftsfaktor. Extraprofit witternd, erbaute die HAPAG Reederei zwischen 1901 und 1907 ihre Auswandererstadt auf der Veddel mit insgesamt 30 Gebäuden. Neben den Unterkünften für bis zu 5000 Menschen gab es dort auch Esssäle, eine Kirche, eine Synagoge und in den 20er Jahren sogar ein Kino. Soziale Gründe gab es dafür nicht, die Auswanderer mussten für ihren Aufenthalt bezahlen. Außerdem sollte durch die eigene Auswandererstadt die Gefahr neuer Choleraepidemien von Hamburg ferngehalten werden, das sich immer noch der Tausenden von Toten der Jahre 1822 bis 1892 erinnerte.

Die Auswanderer reisten wochenlang in erbärmlichen Kojen unter Deck der sogenannten Neuen Welt entgegen, um hier ihr Glück zu finden oder auch nicht.

Die Baukosten für die neue Ballin-Stadt (nach dem Direktor der HAPAG, Albert Ballin, ein Freund von Kaiser Wilhelm II) – belaufen sich auf 12 Millionen Euro. Der Plan dazu stammt von der privaten Stiftung „Hamburg Maritim“, die sich für den Erhalt des historischen Hamburger Hafens und alter Schiffe einsetzt. In der Ballin-Stadt werden dem Besucher in den drei rekonstruierten Wohn- und Schlafpavillons die Phasen der Emigration vom Aufbruch in der Heimat bis zur Ankunft in New York und dem endgültigen Verbleib der Auswanderer vermittelt. Jedenfalls teilweise, denn die Eventshow klammert zu viele wirkliche Probleme der Auswanderer des 19. und 20. Jahrhunderts aus. Aber dazu hätten beispielsweise Kustoden Hamburger Museen hinzugezogen werden müssen.

Amerikanischen Besuchern jedenfalls wird es ermöglicht, über Originaldokumente, aber vor allem dank der erhaltenen Auswandererlisten, nach ihren Wurzeln zu forschen.

Rauchwolken über Schleswig-Holstein

Nicht zu Ehren von Karl May und dem jährlichen Festivalspektakel in Bad Segeberg stand Rauch über dem nördlichsten Bundesland. Es waren die

Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel, die am letzten Donnerstag im Juni von beißenden Rauchwolken eingehüllt wurden. Die Panne begann zur Mittagszeit im Kernkraftwerk Brunsbüttel, das am Eingang zum Nord-Ostsee-Kanal steht. Hier hatte sich – nach Angaben des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) Nord – an der 770-Mega-Watt-Anlage ein Schwelbrand an einer Turbine entzündet. Wie es dazu kam, das teilte Betreiber Vattenfall nicht mit.

Der Grund für Feuer im Atomkraftwerk Krümmel, das östlich von Hamburg in Geesthacht an der Elbe steht, ist bekannt. Hier hatte sich in einer großen Trafostation die ölige Kühlflüssigkeit entzündet. Obwohl der Brand bereits am Nachmittag gelöscht war, musste die Trafostation von der Werksfeuerwehr tagelang gekühlt werden, bevor die Kriminalpolizei die Ursachenforschung aufnehmen konnte.

Eine Gefahr für den Nuklearbereich des größten Siedewasser-Reaktors der Welt bestand nach Angaben des Betreibers Vattenfall Europe aber nicht. Eine automatische Schnellabschaltung trennte den Reaktor unvermittelt vom Netz, was zu partiellen Stromausfällen in der Hansestadt führte. Allein das Kraftwerk Krümmel liefert nach Angaben des Betreibers Vattenfall Europe rund 30 Prozent des in Schleswig-Hol-

stein erzeugten Stroms.

Inzwischen weiß man, ein Kurzschluss löste das Feuer aus. Auch wenn Vattenfall-Sprecher Banek keine vom Meiler ausgehende Gefahr sah, nach Meinung der die Umweltorganisation Greenpeace hätte sich der Brand über Kabeltrassen in den Reaktor ausbreiten können. Somit habe in der Tat eine große Gefahr bestanden.

Das bestätigte sich schon eine Woche später. Die Untersuchung ergab, dass der Brand doch Auswirkungen auf das Reaktorgebäude hatte. So sei es durch den Ausfall einer Reaktorspeisepumpe und durch das unplanmäßige Öffnen von zwei Sicherheits- und Entlastungsventilen zu einem schnellen Druck- und Füllstandsabfall im Reaktor-Druckbehälter gekommen. Dennoch behauptete das zuständige Kieler Sozialministerium, dass die Sicherheit der Anlage „trotz dieser Auffälligkeiten“ gewährleistet gewesen sei.

Das AKW Krümmel liefert seit 1984 pro Jahr etwa 10,5 Milliarden Kilowattstunden. Es gehört nicht nur zu den stör anfälligsten der Republik. Es wird auch immer wieder mit einer Häufung von Leukämiefällen in der unmittelbaren Umgebung in Zusammenhang gebracht. Wissenschaftliche Beweise für die Erkrankungen durch das AKW gibt es bisher nicht.

• KARL-H. WALLOCH

Gefährliche Hetze

Die Hetze der unheiligen Allianz von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und der Medien gegen Oskar Lafontaine und seinen Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Frieden läuft auf Hochtouren. Anstelle von Argumenten finden diese eifrigen Geiferer für den Linksparteivorsitzenden solche Titel wie Populist, Demagoge, Obergaukler, Verräter. Zu einer skandalösen Entgleisung kam es am 26. Juni in einer Polit-Talkrunde des Nachrichtensenders n-tv, als der ehemalige Hartz-IV-Minister Clement (SPD) meinte, bei Oskar Lafontaine gehe ihm das Messer in der Tasche auf. Solche gemeingefährlichen Äußerungen können Nährboden für Anschläge auf Leib und Leben des linken Politikers werden. Als Kanzlerkandidat der SPD hatte Lafontaine ein Attentat überstanden. Es darf zu keinem weiteren kommen.

GÜNTHER RÖSKA,
LEIPZIG

>

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

Dem Beitrag über das einstige Haus ANTIFA – nach der Wende politisch neutral Haus Leipzig benannt – stimme ich voll und ganz zu. Wichtig wäre aber in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass 1998 bis Juni 2000 zur Neuerrichtung eines Kegelsportzentrums für die Stadt Leipzig mit erheblichen Mitteln (ca. 2,3 Mio DM) die Erdgeschosszone des Hauses erfolgreich umgebaut wurde. Es entstand damit Europas modernstes Kegelsportzentrum im Herzen Leipzigs. Dieses Zentrum hatte sich die Symbiose von sportlicher und kultureller Betätigung einer breiten Bevölkerungsschicht von Leipzigern zum Ziel gestellt.

Es stimmt, dass die Insolvenz diese Entwicklung unterbrochen hat. Besonders schlimm für Leipzig aber finde ich – neben den

Zu LN 12'07: Wird aus ANTIFA jetzt NPD?

Aber vorher wurden Sportler vertrieben

genannten NPD-Aktivitäten –, dass die jetzige Betreibergesellschaft aus vordringlich fiskalischen Gründen diesen Umbau im Erdgeschoss rückgängig machen will. Nach mir vorliegenden Informationen hat man die beiden Sportvereine POST SV und USC mit verschiedenen Mächtigkeiten von der Bahn vertrieben, dem Bund Leipziger Kegler (Dachorganisation der Leipziger Kegler) das Betreten des Hauses untersagt und damit praktisch das genannte Zentrum vernichtet. So werden Steuergelder ein weiteres Mal sinnlos vergeudet, denn

die Betreibergesellschaft plant meines Wissens den Aufbau einer Diskothek im umgebauten Erdgeschoss. Widerstand der Leipziger wäre angebracht. Woher ich dieses Wissen besitze? Ich war der Geschäftsführer der insolventen Gesellschaft, habe den Umbau logischerweise sehr eng begleitet und befinde mich heute noch im engen Kontakt mit den Abteilungsleitern beider Sportvereine.

JOACHIM WEBER,
LEIPZIG

UZ-Pressesfest – bleibendes Erlebnis

Gemeinsam mit weiteren Genossinnen und Genossen nahm ich vom 22. bis 24. Juni am Pressesfest der UZ, der Zeitung der DKP, in Dortmund teil. Erneut kamen mehr als 50 000 Besucher. Dass solch eine kleine Partei wie die DKP ein solches Fest organisieren kann ist bewundernswert. Viele ehrenamtliche Helfer sind schon lange vorher aktiv. Wir nutzten die Zeit neben dem Besuch von Veranstaltungen vor allem für viele Gespräche. Die enge Zusammenarbeit von kommunistischer Plattform und DKP wurde auch im Gespräch mit Jürgen Voigt, Mitglied des DKP-Parteivorstandes und Vorsitzender des sächsischen Koordinierungsrates deutlich.

Ein guter langjähriger Freund (auch in Sachsen bekannt) ist für uns Genosse Erich Schreier aus Röthenbach in Bayern. Im Gespräch mit ihm gab es wieder viele gemeinsame Standpunkte. Selbstverständlich war die internationalistische Solidarität – nicht zuletzt



Neben zahlreichen Veranstaltungen gab es viel interessante Lektüre. Annelie Herrmann, Dr. Ulrike Bretschneider, Andreas Krämer (v. l.)

mit Kuba und Venezuela – ein wesentlicher Schwerpunkt. Am Stand der Genossen aus Irland gab es nicht nur irische Pfannkuchen, der in Leipzig lebende Brite Keith Barlow verteilte wie stets den „Morning Star“. Übrigens trat an diesem Stand auch der Singeklub „Che Guevara“ aus Dresden auf. Natürlich war auch die kommunistische Plattform wie zu jedem dieser großartigen Pressesfeste mit einem Stand dabei. Viel diskutiert wurde auch bei den

Genossen am Stand des „Rot-Fuchs“-Fördervereins, der ja gerade in unserer Region viele interessante Veranstaltungen organisiert. Als einen besonderen Höhepunkt empfand ich eine Buchlesung zum 150. Geburtstag von Clara Zetkin mit Herausgeberin Florence Herve. Der Titel sollte auch für uns Motto für die neue Partei „Die Linke“ sein: „Dort kämpfen, wo das Leben ist.“

ANDREAS KRÄMER,
GERSDORF

Pflegeversicherung – „Reform“ zum Abzocken

Wieder einmal hat die Bundesregierung einen als Reform bezeichneten Koalitionskompromiss beschlossen, der diesmal insbesondere den Rentnerinnen und Rentnern in die Taschen greift und unverfroren die Schrödersche Agenda 2010 fortsetzt. Es ist dem Kapitalismus und seinem geschäftsführenden Ausschuss in der Regierung systemimmanent, dass auch in Zeiten einer boomenden Konjunktur dem Staatshaushalt zugewachsene Steuermilliarden durch Steuerersenkungen überwiegend in die Taschen des Hochkapitals und in die Rüstungsindustrie fließen, während die Mehrheit der Steuerzahler immer weiter zur Ader gelassen wird.

Unser Land steht mit seinen Rüstungsexporten an dritter Stelle in der Welt, mit seinen Renten jedoch am Ende in Europa. Die vorsätzliche Schädigung der Rentnerinnen und Rentner wird noch dadurch verstärkt, dass die Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrags diesem Personenkreis voll angelastet wird, während die im Berufsleben stehenden Bürgerinnen und Bürger die Belastung nur zur Hälfte zu tragen haben. Mit dieser „Reform“ verletzt die Bundesregierung vorsätzlich die Menschenwürde gem. Art. 1 GG und bricht erneut mit dem Prinzip einer solidarischen Finanzierung, so dass auch Art. 3 GG (Gleichheit vor dem Gesetz) verletzt wird.

Wir fordern die im DGB vereinten Gewerkschaften, den Bundesvorstand des DGB und die Sozialverbände und Menschenrechtsorganisationen auf, alle Möglichkeiten der Einflussnahme auszuschöpfen, um die Einbringung der Regierungsvorlage in den Bundestag zu verhindern.

DGB REGION BERLIN -
KREISVERBAND TEMPELHOF-
SCHÖNEBERG

Wanderungen durch Neufünfland

IN APOLDA HERRSCHT AUFREGUNG. Sigrun H., Besitzerin eines Bestattungsinstituts, hat großen Ärger. Sie war Mitbegründerin eines Bündnisses gegen Rechts im Weimarer Land. Das missfiel den Rechten. Deshalb warfen sie ihr schon fünf Mal die Scheiben ein. Der bisher entstandene Schaden wird auf 10 000 Euro beziffert. Die Polizei versichert, nach den Tätern zu fänden, blieb dabei aber bislang ohne Erfolg. Auch als am 10. Juni wieder Steine flogen, war kein Polizist in der Nähe. Wir fragten herum, was nun unternommen würde, um der geplagten Frau zu helfen und den Rechten zu zeigen, wo Bartel den Most holt. Die Ant-

wort war erschütternd: Die einzigen, die reagiert hatten, war die Versicherung von Sigrun. Die nämlich forderte sie auf, umgehend zu kündigen, andernfalls würde das von Seiten der Versicherung geschehen. Da Sigrun bei einer solchen Kündigung auf eine „schwarze Liste“ der Versicherungsunternehmen geraten würde und möglicherweise also nie wieder anderswo eine erschwingliche Versicherung abschließen kann, könnte ihr Ruin vorausprogrammiert sein. Es sei denn, höheren Orts wird ein Signal gesetzt, ein unüberseh- und unüberhörbares. Damit scheint jedoch nicht zu rechnen zu sein.

IN EISENACH MUSIZIER-

TEN SIE IN DER KIRCHE: Genauer, in der Nikolaikirche, und man lud uns ein, eine Rast einzulegen und uns Ludwig van Beethovens *Schicksalssinfonie* anzuhören. Mit dem Konzert besiegelt sich nämlich das Schicksal des Eisenacher Orchesters. Das Musiktheater der Wartburgstadt wird geschlossen, 80 Kündigungen wurden schon zugestellt und die Hoffnungen, dass das Konzert in der Nikolaikirche daran noch etwas ändern könnte, sind minimal. Wir entschlossen uns dennoch hinzugehen.

IN SÜLZHAYN erzählten sie uns in einer Schenke die fast schaurige Geschichte einer Immobilie. Vor 120 Jahren soll das Fundament der Steierberg-

klinik gemauert worden sein. Italienische Maurer sollen die Wände hochgezogen haben, Wände, von denen man behauptet, sie seien für die Ewigkeit geschaffen. Lange war dort auch eine Klinik zu Hause, 80 Querschnittsgelähmte wurden um- und gepflegt. Der Weg bergauf sei im Winter für die dort Beschäftigten oft eine echte Kletterpartie gewesen.

Wann das war? Zu der Zeit, als die DDR noch existierte. 1996 wurde die Klinik geschlossen, dann kaufte sie eine Immobilienfirma und glaubte, mit einer einträglichen Idee viel Geld machen zu können: Luxuriöse Ferienwohnungen sollten hinter den uralten Mauern entstehen.

Was sucht man sich in solchen Situationen? Investoren mit den nötigen Konten. Zunächst hieß es, mit 15 Millionen Euro ließe sich das Vorhaben realisieren, inzwischen stieg die Summe auf 20 Millionen. In der Gegend um Sülzhayn fand man niemanden, also machte sich der Architekt auf den Weg. In Brüssel warb er Interessenten, aber als die die inzwischen zur Ruine verkommene Ex-Klinik aus der Nähe sahen, sollen sie wortlos wieder in die Autos gestiegen sein. Zuvor waren schon Niederländer da gewesen, die hatten aber auch nur die Köpfe geschüttelt. Also werden weiter Investoren gesucht. Und damit niemand auf die heutzutage gängige Idee kommt, zu behaupten, es sei eine marode DDR-Immobilie, erinnere ich nochmal daran: Italiener haben sie einst errichtet!

• KLAUS HUHN

Rosa Luxemburg

fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 18. Juli, 9.30–15 Uhr, Zwickau
Seminar für SchülerInnen der 11. und 12. Klasse: *Toleranzvorstellungen im abendländischen und islamischen Kulturkreis*. Mit Wolfram Tschiche, Klinke. In Zusammenarbeit mit „PolitikKontor“, Bürgerbüro des Landtagsabgeordneten Sebastian Scheel, Zwickau, und Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Zwickau ***
Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Lassallestr. 1
Sonnabend, 21. Juli, 14 Uhr, Chemnitz
Filmvorführung: *CUBA*. Ein Dokumentarfilm von 2003
Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Rosenplatz 4

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.
Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Am kommenden Mittwoch, dem 18. Juli, begehrt unsere Genossin

Lina Utz

ihren 103. Geburtstag.

Wir gratulieren auf das herzlichste und wünschen dir, liebe Lina, für das kommende Lebensjahr alles erdenklich Gute.

Zugleich danken wir dir für dein langjähriges Engagement für unsere gemeinsame sozialistische Sache.

Deine Genossinnen und Genossen der Basisgruppe Löbnig II der Partei DIE LINKE

Carl-Schorlemmer-Apotheke

Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Am **21. Juli** will der Hamburger Neonazi Christian Worch erneut durch Leipzig marschieren. „Diesen Aufmarsch werden wir um jeden Preis verhindern“, sagte Klara Naumann, Pressesprecherin der Leipziger Antifagruppe (LEA). Verschiedene linke und antifaschistische Gruppen werden dezentrale Aktionen durchführen. Die Nazis planen, ab 12 Uhr

Aktionen gegen Nazi-Aufmarsch in Leipzig

vom S-Bahnhof Stötteritz aus nach Anger-Crotdorf zu marschieren, vorbei am Völkerschlachtdenkmal. Naumann weiter: „Die Bemühungen der Stadt, den Naziaufmarsch zu verbieten, sind völlig unglaubwürdig. Die Taktik von Rathaus und Ordnungsamt besteht seit Jahren darin, Naziaktionen möglichst ohne großes Aufsehen durchzuwinken.“
Bereits am 3. Oktober 2006 sorgte das gewaltsame

Vorgehen der Polizei gegen friedliche Gegendemonstranten dafür, dass Worch mit 200 seiner Anhänger bis zum Ostplatz marschieren konnte. Das gewalttätige Potenzial Leipziger Nazis wurde zuletzt am 16. Juni deutlich: Unweit einer gegen Nazistrukturen gerichteten Demonstration mit 300 Personen sammelten sich über 50 Nazis aus dem Umfeld der Kameradschaft „Freie Kräfte Leipzig“, bei denen die Polizei Teleskopschlagstöcke, Metallschlagringe, Pfefferspray und Schreckschusswaffen sicherstellte. „Das ist Grund genug, Naziaktivitäten zu unterbinden“, meint Naumann. „Wir dulden keine rechtsextreme, rassistische und antisemitische Propaganda. Wenn die Stadt dazu nicht in der Lage ist, müssen wir eben selbst dafür sorgen, dass aus dem Aufmarsch nichts wird.“

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind.
Sprechstunden: jeden vierten Mittwoch, 16–17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig.

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

19. 7., 15 Uhr: Erzählcafé für Senioren

26. 7., 11 Uhr: Indianerfest für Ferienkinder (1 Euro mit FP, 2 Euro ohne FP)

Unser Genosse

Jürgen Redlich
wird am 18. Juli
70 Jahre.

Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, lieber Jürgen, für die kommenden Jahre alles erdenklich Gute.

Deine Basisgruppe Löbnig II der Partei DIE LINKE

Erklärung

**der Teilnehmer des Jugendkongresses
Notstand der Republik**

Wir verurteilen die Maßnahmen der Regierenden, die die Demokratie in diesem Land gefährden. Dazu zählen wir insbesondere:

- Die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizei und Geheimdiensten, wie z.B. im *Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum*.
- Den Einsatz der Bundeswehr im Inland sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden.
- Und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze. Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird. Das ist die Zukunft, die die Herrschenden für uns vorbereiten. Wir aber werden nicht Mörder an unersetzlichen. Wir werden weder gegen unser Volk, noch gegen andere Völker in den Krieg ziehen. Im Kampf für unsere Zukunft brauchen wir jedes bisschen Demokratie.

Aus diesen Gründen erklären wir, dass wir gegen den Umbau des Staates kämpfen werden. Wissend, dass dieser Schuh noch ein wenig zu groß für uns ist, treten wir damit in die Fußstapfen der Bewegung, die in den 60er Jahren gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gekämpft hat. Damals hieß die Losung „Notstand der Demokratie“, heute kämpfen wir gegen den „Notstand der Republik“ – so wie auch damals der Kampf von der Jugend begonnen wurde.

Berlin, 13. Mai 2007

Die Teilnehmer aus folgenden Organisationen der BRD und der ehemaligen DDR: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder, FDJ, IGM-Jugend, Jugendensemble „Die Tage der Commune“ (Brecht/Eisler), KPD(B), PDS, SDJ –Die Falken, Ver.di Jugend, Young Socialist Gotha

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

**ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR.
des Werbers* bzw. Geschenkgebers***

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundenummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers



SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Zum 5. Mal:

HÖRSPIEL 2007
Das Leipziger Hörfestival
SOMMER

Wenn diese Zeitung erscheint, am Freitag dem 13., wird der Leipziger Richard-Wagner-Hain wieder zur Hör-Spiel-Wiese unter freiem Himmel. Auf der Wiese haben wir gelegen ... und wir haben Gras gekaut... und was gehört ... um mal einen sehr alten Song von Vroni Fischer umzudeuten.

Möglich ist das nun wieder bis zum 22. Juli beim Hörspielsommer 2007. Folgendes kann man sich ja schon mal vormerken:

Am Wochenende beginnt das Kinderprogramm ab 15 Uhr. An Wochentagen werden die Lautsprecher ab 17 Uhr aufgedreht. Ausgewählte Stücke von Nachwuchsautoren sind zwischen 19 und 20 Uhr geplant.

Wir haben mal durchgezählt: Insgesamt laufen an den 10 Tagen 70 Hörspiele. Und alle natürlich kostenlos. Keine Rundfunkgebühr ist zu zahlen. Wenn das kein sommerliches Kulturbonbon oder -bonmot ist.

„Ich bin sehr stolz (kann sie auch!), dass es ein kleines fünftes Jubiläum zu feiern gibt.“ meint Sophia Littkopf. Das ist die Frau, bei der in den kommenden Tagen buchstäblich alle Drähte und Kabel zusammenlaufen.

Ein bisschen rekordverdächtig ist dieser Jahrgang schon. 89 Einsendungen sind zum gleichzeitig stattfindenden Hörspielnachwuchswettbewerb eingegangen. 20 ausgewählte Stücke werden täglich von 19.00 bis 20.00 Uhr im Rahmen des Hörspielsommerfestivals präsentiert.

Mit dem Stück „Hirsche rufen Jäger, Jäger Hirsche“ wird am 13. Juli 20.00 die diesjährige „Jagdsaison“ nach saftigem Hörwild (oder Hörbild?) eröffnet. Auf dieser Jagd begleitet am ersten Abend außerdem der Geräuschemacher Olger Kunert mit einer Live-Geräuschsinfonie die Besucher durch den Abend. Am ersten Samstag begibt sich Stefan Kaminski

live in den „Bann des Psychopudels“. Stücke um große und sehr kleine Monster sorgen am Thementag „Fiese Viecher“ für eine Gänsehaut auf dem Trommelfell.

Zum Ausklang des ersten Wochenendes steht eine Reise in den Orient an: „Lachsfißchen im Jemen“ von Paul Torday und „Schnee“ von Orhan Pamuk sind literarische Reaktionen auf die Gegenwart im Orient.

Der Montagabend (es ist der 16. 7.), mit dem Titel „Tranchierte Helden“, ist dem Dramatiker Heiner Müller gewidmet. Wie verschiedene Frauen verschiedene Lebenswege gehen, ist am Dienstag zu erhören.

Zwei sehr stimmungsvolle Hörspiele laufen am Donnerstag unter „geteiltem Himmel“.

Und der letzte Samstagabend, das ist dann der 21. Juli, beleuchtet mit Stücken von Andreas Ammer und Paul Plamper das Phänomen der RAF und hinterfragt mit Texten Heinrich Bölls die Mechanismen von Politik, Medien und Gewalt.

Mit dieser wunderbaren Idee unter unserem Himmel ist eine tolle Sommerabenddreistigkeit in den Leipziger Kulturkalender gekommen, die bundesweit ihresgleichen sucht. Es war übrigens höchst vergnüglich, in den letzten Jahren große und kleine und keine Familien (sprich Singles) unaufgeregt während des Hörens zu beobachten. Eine Mischung aus Hörbild und realem Leben. Manch einer brachte sich das Besteck zum Kulturpicknick und den entsprechenden Korb mit. Ein anderer verließ sich auf die geistige Nahrung.

An den kommenden Abenden auf „der Wies'n“ am Hain werden so ganz andere Töne zu hören sein als in Bayern. Man sieht sich ... und hört miteinander.

• - CK

FUNDSACHEN

Die linke Revolution macht man nicht im Namen der Gier, sondern des Stolzes und seiner beiden moralischen Derivate, des Zorns und der Empörung. Sobald DIE LINKE Gierpartei wird, implodiert sie und wird Teil der totalen Mitte.

Peter Sloterdijk, ND 26. 6.

Die Schlafmohn-Anbaugebiete seien zwischen 2005 und 2006 in Afghanistan um fast 60 Prozent ausgeweitet worden. Sie erstrecken sich nun auf 1650 Quadratkilometern. Das entspricht einer Fläche von Hamburg und Berlin.

LVZ 27. 6.

Der Paragraph, nachdem der deutsche Junge in der Türkei wegen sexuellen Mißbrauchs angeklagt werden soll, wurde erst vor kurzem aus dem deutschen Recht in das reformierte türkische Recht übernommen.

Phoenix 28. 6.

Auf den Toiletten im Bayrischen Rundfunk gab es in den 50er Jahren immer noch nur Zeitungspapier.

Joachim Fuchsberger, Bayrisches Fernsehen 28. 6.

Im Jahr 2002 lagen weltweit bereits 632 000 Kilometer-Kabel auf dem Meeresboden.

arte 30. 6.

In Berlin sind zwischen neun- und zehntausend Taxifahrer unterwegs. Eine Taxifahrerin: Ich fahre schon mal 14 Stunden am Tag. Eine Tortur. Im zweiten Beruf bin ich Heilpraktikerin.

DLF 30. 6.

In der DDR wurde zweimal im Jahr eine Rattenbekämpfung angeordnet. Es wurde wöchentlich kontrolliert und Gift ausgelegt, bis die Ratten zum großen Teil vernichtet waren. Heute entscheidet jeder Hauseigentümer, ob und wann er Rattengift auslegt. Die Plage nimmt immer mehr zu.

mdr-Fernsehen 3. 7.

Zur Jugend gehören Aufbegehren und Abenteuerlust, das Bedürfnis nach dem Nichtkontrollieren, auch eine gewisse Radikalität in der Verneinung des Bestehenden.

Josef Haslinger, Direktor des Leipziger Literaturinstitutes

• Entdeckt von **MANFRED ERBE****Leser machten mit**

... und so wurde aus dieser schweigenden Truppe eine Gruppe, die miteinander ins Gespräch kam. Entdeckt hatte sie übrigens unser Fotograf Gerd Eiltzer auf dem agra - Gelände in Markkleeberg.

Wir danken allen Sprachgebern und zitieren zunächst **Gottfried Fleischhammer:**

„Sag mal, woher weiß Du denn das alles?“ „Ich lese Leipzigs Neue!“

„Ach so, wir lesen nur BILD ... und ab und zu die LVZ!“

Unsere Leserin **Ellen Lux** sinnierte: „Schließt die Augen. was seht ihr?“

...Es war Friede bei den Menschen und Friede bei den Tieren.

Es gab keine Waffen und keine Krieg mehr... Ehmh...anders,

„Ich weiß nur eins und da bin ich sicher“

„Ich habe Leipzigs Neue unter dem Ladentisch bekommen.“

Es gab auch die superkurze Variante von **Sylvia Heenemann-Weiland:**

„Zeitgeschehen!“

Die Buchpräsentate werden verpackt.

ALLGEMEIN MENSCHLICHES

Mancher hält sich für einen hellen Kopf, nur weil die Sonne draufscheint.

Schlau sein heißt wissen, was uns nutzt. Klug sein heißt mehr wissen, als gut für uns ist.

Die Tragik vieler kluger Leute liegt darin, dass sie die Lage der Welt wesentlich besser beurteilen können als ihre eigene.

Lieber zehnmal den Kopf verloren als einmal das Gesicht.

• **REINHARD LOCHNER**

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de

Internet: www.leipzigs-neue.de

Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung: Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9. Juli 2007

Die nächste Ausgabe erscheint am 27. Juli 2007

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40